

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1925

81 (6.4.1925)

VOLKSFREUND

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens

Mit den Wochenbeilagen „Die Musenfunde“ und „Volk und Zeit“ (mit Bildern)

Bezugspreis: halbjährlich 1.— M. mit, 90 J. ohne Zustellung. Einzelpreis 10 J., Samstags 15 J. — Anzeigen: die einseitige Kolonelleiste 20 J., auswärts 25 J. Reklamen 80 J. Annahmefrist 3 Uhr vormittags. Ausgabe: Werktags mittags. Geschäftsstelle u. Redaktion: Luisenstr. 24. Fernsprecher: Geschäftsstelle Nr. 128; Redaktion Nr. 481. Schriftleitung: Georg Schöpfung; für die Redaktion verantwortlich Hermann Kadel; für den Anzeigenteil Gustav Krüger. Druck und Verlag von G. & C. e., sämtliche in Karlsruhe.

Der Wahlkampf bereits eröffnet

Der Reichsblock in Verlegenheit — Hindenburg lehnt ab — Jarres wiederum als schwarz-weiß-roter Nornagel — Die Demokraten für Marx — Reichsbannerfundgebung für die Marxkandidatur

Eine Programmrede des Kandidaten Dr. Marx

Berlin, 4. April. In der heutigen Besprechung der Vertreter der im Volksblock zusammengeschlossenen Parteien erklärte der Reichskanzler a. D. Wilhelm Marx zur Annahme der Reichspräsidentenwahlkandidatur sich bereit, indem er u. a. ausführt:

Die höchste Pflicht des Mannes, den das deutsche Volk als seinen Vertrauensmann zum hohen Amte des Reichspräsidenten beruft, ist der Schutz und die Wahrung der Verfassung, aus der ihm seine Rechte und seine Verpflichtungen erwachsen. Im freien Entschlusse bekannte sich das deutsche Volk zum Volksstaat, zur Republik. Aufgabe des Staatsoberhauptes muß es sein, diesen Willen des Volkes zu achten und zu sichern. Auf diesen Grundsätzen der Verfassung soll sich in Freiheit und gegenseitiger Duldung unser nationales, wirtschaftliches und kulturelles Leben entfalten.

So lange ich politisch tätig bin, ist es mein Ziel und Streben gewesen, unser so tief zerrissenes Volk zu gemeinsamer Arbeit am Wohl des Vaterlandes zusammenzuführen. Dem Ziel, daß sich das deutsche Volk als eine unauflösbare Schicksalsgemeinschaft einmal erkennen, fühlen und betätigen wird, werden wir näher kommen, je mehr es uns gelingt, unser ganzes öffentliches Leben mit wahrhaft demokratischer Gesinnung und sozialem Geiste zu durchdringen. Mein ganzes Leben hindurch habe ich mich um die Wahrung der hohen Güter christlicher und deutscher Kultur bemüht. Gerade in dieser Arbeit wandte ich mir die Erkenntnis, wie sehr jedwede edle Überzeugungsrichtung verbleibt, und daß ein ruhiges Zusammenleben nur beruht werden kann, wenn der Staat die Gewissensfreiheit seiner Bürger gewährleistet, und wenn das Volk sich den gegenseitigen Rücksichtnahme und Aufopferung erweist. In diesem Geiste zu wirken wird mir stets eine der vornehmsten Pflichten sein. — Wie ich Ziel und Wege der deutschen Außenpolitik sehe, darüber habe ich durch meine Arbeit im Dienste des Reiches volle Klarheit geschaffen. Das deutsche Volk will die Verteidigung im Geiste der Gerechtigkeit und wahrhafter Selbstbestimmung, ein Ziel, das nur erreicht werden kann, wenn das Recht der Völker auf Freiheit und Selbstbestimmung gewahrt bleibt. Darum müssen wir alles daran setzen, daß der Bevölkerung der noch besetzten Gebiete endlich die Freiheit wird, und daß allen unseren Volksgenossen das Recht der nationalen Selbstbestimmung ungehindert wird, das andere Völker für sich in Anspruch nehmen.

Während der Aufmarsch des republikanischen Blocks rüstig vorbereitet wird, befindet sich der schwarz-weiß-rote Block in erheblichen Verlegenheiten, die ganz unerkennbar aus seinen Kundgebungen wie aus der nervösen Art der tatsächlichen Operationen zu ersehen ist. Auch im Jarresblock wollen heute nur noch die wenigsten abermals eine Kandidatur Jarres, aber ein irgendwie mißbrauchbarer Erlaß für ihn ist bisher nicht zu finden gewesen. Es scheint, daß jeder Schwarz-Weiß-Rote, bei dem angefragt wird, die Pleite am 26. April fürchtet. Inzwischen hat der Reichsblock eine Kampfanlage an die Republikaner erlassen, die unzererleits mit der Aufnahme der Wahlarbeit auf der ganzen Linie beantwortet werden wird.

Über die Vorgänge unterrichten die nachstehend wiedergegebenen Meldungen:

Eröffnung des Wahlkampfes durch die Republikaner

Berlin, 6. April. Eine von mehreren tausend Personen besuchte öffentliche Kundgebung des Berliner Reichsbanners nahe dem Zoologischen Garten, bei der der Bundesvorsitzende Böfing eine Ansprache hielt, leitete gestern den Präsidentenwahlkampf für den zweiten Wahlgang in Berlin ein. Wie der „Montag Morgen“ erfahren haben will, beabsichtigt der republikanische Block nicht, einen gemeinsamen Wahlaufzug herauszugeben, vielmehr wird jeder der drei Parteien eine eigene Kundgebung erlassen.

Demokraten und die republikanische Kandidatur Dr. Marx

Berlin, 5. April. Der Parteiausgang der Deutschen demokratischen Partei trat unter dem Vorsitz des Reichsministers a. D. Koch im Reichstag zusammen, um zur Reichspräsidentenwahl Stellung zu nehmen. Nach einem Referat Kochs über die bisher geführten Verhandlungen wurde mit überwältigender Mehrheit eine Entschließung angenommen, in der es heißt:

Alle Versuche, für den zweiten Wahlgang eine Gemeinschaftskandidatur aller Reichsfreundlichen Parteien aufzuheben, wurden von uns unterstellt, scheiterten aber an der Ablehnung durch fast sämtliche Parteien, sowohl rechts als links. Angesichts der dem Reiche und dem Volke von außen

und innen drohenden Gefahren war die Weimarer Koalition die einzig mögliche feste Grundlage für die Kandidatur eines Präsidenten, der die Gewähr bietet, für die Sicherung der Reichsverfassung, die Fortführung der bisherigen Außenpolitik und den Wiederaufbau einer leistungsfähigen Wirtschaft. Der Parteiausgang billigt den Beschluß des Vorstandes betreffend die Verhandlungen über die Kandidatur Marx. Er erblüht in Marx den Gemeinschaftskandidaten des Volksblocks und fordert die Organisationen der Partei auf, mit aller Kraft die Wahl des Kandidaten der verfassungstreuen Parteien zu fördern.

Die Kampfanlage der Schwarz-Weiß-Roten

Der Reichsblock gibt seiner Verlegenheit durch folgende, von ihm stammende Mitteilung Ausdruck:
Die am Sonnabend abgelaufenen Verhandlungen (zwei Sitzungen) des Reichsblocks führten zu dem einmütigen Entschlusse, mit aller Kraft den Kampf gegen die von der Weimarer Koalition aufgestellte Kandidatur Marx geschlossen aufzunehmen. Die endgültige Proklamation des Reichsblocks wird Mittwoch erfolgen, da maßgebende Organe einzelner Parteien erst Dienstag ihre Beschlüsse fassen können.

Der Beschluß, den Kampf gegen die Weimarer Koalition mit aller Kraft zu führen, wurde also noch nicht einmal einstimmig, sondern „einstimmig“ gefaßt. Wieder eine große Pleite!

Hindenburg als letzte verzweifelte Hoffnung

Am Sonnabend hat sich eine Kommission des Reichsausschusses zu Hindenburg nach Hannover begeben. Sie wurde dort mit einem guten Abendbrot und einem guten Wein empfangen. Ihr Auftrag war, dem greisen Feldmarschall eine Kandidatur zur Reichspräsidentenwahl abzuwingen.

Wie die Berliner Blätter melden, hat von Hindenburg die ihm vom Reichsblock angebotene Kandidatur für die Reichspräsidentenwahl aus persönlichen und sachlichen Gründen abgelehnt. Er hat sich mit aller Entschiedenheit für die Kandidatur Jarres eingesetzt und den Reichsblock ersucht, wie bisher alle Kräfte zusammenzubanden.

Laut „Montag“ und „Zeit“ wird die Nominierung von Dr. Jarres durch den Reichsblock am Mittwoch nur noch eine Formsache sein. Der Wahlkampf für Jarres wird voraussichtlich schon heute oder morgen aufgenommen werden.

Stiller gegen jeden bürgerlichen Kandidaten

Für den zweiten Wahlgang der Reichspräsidentenwahl gibt nach einer Mitteilung aus München Stiller die Parole aus, daß die Nationalsozialisten auf keinen Fall einem bürgerlichen Kandidaten ihre Stimmen abgeben dürfen. Ob Ludendorff wieder aufgestellt werden wird, läßt der Aufruf offen.

Bayerischer Bauernbund und bayerische Volkspartei zur Kandidatenfrage

Am Montag findet eine Sitzung des Landesvorstandes des bayerischen Bauern- und Mittelstandsbundes statt, in der über die Stellunahme des bayerischen Bauernbundes für den zweiten Wahlgang Beschlüsse gefaßt werden soll.

Am Dienstag wird der Landesvorstand der bayerischen Volkspartei aus dem gleichen Anlaß zusammentreten.

Proteste der Sittleraner

Nach einer Meldung des „Sittlicher Kurier“ hat der nationalsozialistische Reichstagsabgeordnete Feid beim Wahlprüfungsausschuss der Reichspräsidentenwahl vom 29. März angelobt. Die Anklage wird mit dem Volk Stiller auferlegten Redenerbot und der dadurch verursachten Unmöglichkeit, für die Reichspräsidentenwahl die nötige Versammlungspropaganda durchzuführen, begründet.

Ludendorff gegen Hindenburg

München, 6. April. (Via Rundfunk.) Der Entschlusse des Reichsblocks, statt Jarres den Generalfeldmarschall v. Hindenburg als Kandidat aufzustellen, hat in den völkischen Kreisen um Ludendorff sehr verknüpft. Der „Sittlicher Kurier“, der Ludendorff als Sprachrohr dient, wendet sich gegen eine Kandidatur Hindenburgs und zählt dabei ausführlich alle dieselben Gründe gegen den Generalfeldmarschall auf, die man gegen den General Ludendorff ins Feld geführt hat. Außerdem wird aber besonders auf das hohe Alter hingewiesen, das den fähigen Generalfeldmarschall als Reichspräsident unzulässig macht.

Die scharfe Sprache des völkischen Organs gegen die Kandidatur Hindenburgs ist um so mehr beachtenswert, als Ludendorff, wenn man hört, daß Ludendorff die Pleite hat, sich nochmals für den zweiten Wahlgang aufstellen zu lassen. Seine Aufstellung soll am 9. April aus Anlaß seines 60. Geburtstages erfolgen.

Auf in den Kampf

Es ist gelungen! Im Reich und in Preußen steht die republikanische Front. Leicht war es nicht, die Anhänger der Verfassung von Weimar auf einem gemeinsamen Boden zu vereinigen. Leicht deshalb nicht, weil selbst noch wenige Stunden vor dem Abschluß der Kampfvereinigungen die Intrigen eine große Rolle spielten. Auch Herr Dr. Luther war an diesem Anbahnungsunterricht über das System der Ritterlichkeit, wie es die Narres-Parteien verstehen, nicht unbeteiligt. Er, gegenwärtig noch Reichskanzler der Deutschen Republik, fühlte sich als Mann der Rechtsparteien im letzten Augenblick berufen, eine kleine, aber nicht ungeschickte angelegte Mine gegen die republikanische Front zu richten. Der Sinn seiner Handlungsweise war, die durch den Beschluß des Sozialdemokratischen Parteiausgleiches als selbstverständlich erscheinende Einheitsfront aller Republikaner zu zerstören.

Es schien einen Augenblick, als ob die Fortführungsmut des Herrn Luther von Erfolg begleitet sein sollte. Er wollte durch ein verfassungänderndes Gesetz dem gegenwärtigen stellvertretenden Reichspräsidenten Dr. Simons auf sieben Jahre vom Reichstag zum obersten Beamten des Reiches ernennen lassen. Praktisch lief dieser Schachzug darauf hinaus, die Demokraten zur Treulosigkeit an der Kampfvereinigungen aller Republikaner die gleichbedeutend ist mit einer Willensgemeinschaft, zu veranlassen. Der Plan ist mißlungen, und er mußte scheitern infolge des einmütigen Willens der arden republikanischen Parteien, die persönlich nichts gegen Herrn Dr. Simons haben. Der gegenwärtige stellvertretende Reichspräsident ist zweifellos ein ehrlicher Republikaner, ein Mann, der zu seinen Absichten steht und sich eines außerordentlichen Charakters rühmen kann. Aber all das konnte und durfte die republikanischen Parteien schließlich nicht abhalten, seine Wahl auf dem vorgeschlagenen Wege abzulehnen; denn diese Wahl hätte eine Sabotage der Verfassung bedeutet. Die Wahl des Reichspräsidenten hat durch das Volk und nicht durch den Reichstag zu erfolgen. Simons selbst aber hat diese Wahl durch das Volk schon vor mehreren Tagen abgelehnt, weil er sich persönlich in Leipzig viel wohler fühlt als in der Wilhelmstraße in Berlin. Es wäre unter diesen Umständen ein Triumph der Rechten gewesen, wenn die Republikaner entgegen dem eigentlichen Sinn ihrer Kampfvereinigungen, die vor allen Dingen Aufrechterhaltung und Verteidigung des in Weimar beschlossenen Wertes gilt, gegen die klaren Bestimmungen der republikanischen Verfassung gehandelt hätten.

Den Rechtsparteien ist die Freude an einer Zerstückelung der Republikaner erbart geblieben. Aber dafür dürfen wir dank ihrer Taktik einen starken moralischen Erfolg buchen; denn die Handlungsweise der Rechtsparteien, für die Dr. Luther aufgetreten ist, bedeutet praktisch nichts anderes als eine ausdrückliche Bestätigung des Sieges der Republik im ersten Wahlgang durch die angeblichen „Sieger“, und ist schließlich als Zeichen des mangels Siegesbewußtsein für Jarres am 26. April zu buchen. Nur zu dem Zweck, die gemeinsame Front der republikanischen bürgerlichen Parteien mit den Sozialdemokraten zu verhindern, waren die Deutschnationalen bereit, Herrn Jarres fallen zu lassen und für einen überaus guten Republikaner zu stimmen. Sie haben sich damit eines großen Teils ihrer noch vorhandenen Schlagkraft für den zweiten Wahlgang von vornherein entledigt und psychologisch den Sieg der Republik am 26. April vorbereitet. Wären sie siegesgewiß für die Entscheidungsschlacht, dann hätte sich die Mine gegen die Willensgemeinschaft der Republikaner erübrigt.

Es liegt uns fern, den in drei Wochen zu erwartenden Sieg der republikanischen Kampfvereinigungen schon heute zu feiern. Wir unterscheiden uns auch in dieser Beziehung von den Narres-Parteien, die am 29. März „siegesbewußt“ waren und aus dieser Stimmung heraus bereits fadenzügelnde und Frühlingsfeste in ganz Deutschland vorbereitet hatten. Sie feierten in Wirklichkeit eine Niederlage, während die Republikaner in stiller Arbeit an die Vorbereitung einer gemeinsamen Kampfvereinigungen gingen. Heute ist sie hergestellt. Von Nord bis Süd, von Ost bis West wollen wir am 26. April unter schwarz-rot-goldenen Fahnen vereint marschieren und vereint schlagen.

Dieser Wille hat schon am Freitag im preussischen Landtag seinen Ausdruck gefunden, als im ersten Wahlgang Otto Braun durch die republikanischen Parteien wieder an die Spitze des größten deutschen Bundesstaates berufen wurde. Es ist vorläufig noch ungewiß, ob ihm die Bildung einer Mehrheitsregierung gelinzt. Aber sicher ist, daß Braun nicht auf Lüge, sondern auf Monate oder Jahre die Führung der preussischen Regierung wieder übernehmen hat. Wer ihm und damit schließlich der Republik dieses Recht freitig macht, soll das Verhängnis haben, schon in absehbarer Zeit seinen Mut an einer Wahlniederlage in Preußen zu fühlen. Einmal hat Otto Braun seine Wahl

zum Ministerpräsidenten in diesem Jahre abgelehnt. Einen gleichen Fall werden die Rechtsparteien vorläufig nicht erleben. Braun nimmt die Wahl an und dürfte mit dem Augenblick, wo es die Rechte wagt, ihn zu stützen, in Gemeinschaft mit den republikanischen Parteien an das Volk appellieren. Der 29. März ist ein Gradmesser dafür, wer bei diesem Abwärtsschritt ein Volk Sieger bleibt!

Otto Braun in Preußen — Marx als oberster Richter des Reiches, das ist die Parole, mit der wir in die Kampfgemeinschaft der Republik eingeschwenkt sind. Es handelt sich hier nicht um eine Liebesbeziehung. Nur die Vernunft hat unsere Taktik bestimmt. Wir kämpfen nicht für die Person des Herrn Wilhelm Marx. Nein, unsere wahre Schlachtrufe lautet: Wir kämpfen für die Republik. Wir kämpfen für die Freiheit der Deutschen. Wir kämpfen für die Freiheit der Arbeiter. Wir kämpfen für die Freiheit der Bauern. Wir kämpfen für die Freiheit der kleinen Leute. Wir kämpfen für die Freiheit der Jugend. Wir kämpfen für die Freiheit der Wissenschaft. Wir kämpfen für die Freiheit der Kunst. Wir kämpfen für die Freiheit der Presse. Wir kämpfen für die Freiheit der Versammlung. Wir kämpfen für die Freiheit der Gewerkschaft. Wir kämpfen für die Freiheit der Kirche. Wir kämpfen für die Freiheit der Familie. Wir kämpfen für die Freiheit der Individualität. Wir kämpfen für die Freiheit der Menschlichkeit.

Der Wille, der großen Masse des Volkes zu dienen, hat den Parteivorstand bestimmt, am 26. April die Parole für Marx auszugeben. Wer sich selbst und der Republik dienen will, folgt deshalb in der endgültigen Entscheidungsschlacht dieser Parole unserer bewährten Führung. Jetzt gilt es, den Boden, auf dem wir einst unseren Kampf um die Ideale der Sozialdemokratie zum Siege führen zu können, zu verankern. Disziplin in den eigenen Reihen und der Wille zum Siege sind dafür die besten Voraussetzungen. In diesem Sinne: Auf in den Kampf!

Die Bilanz der deutschnationalen Regierungskunst

Jahrelang sind die Deutschnationalen mit der Lüge im Bunde hantieren gegangen, die Sozialdemokratie verhehle nicht, die deutsche Wirtschaft der Gefundung entgegenzuführen. Seit drei Monaten sind sie nun in die Regierung eingezogen und verwalten u. a. das Wirtschaftsministerium bzw. das Finanzministerium, also zwei wichtige für die Wirtschaft ausschlaggebende Ministerien; geleistet haben sie in diesen Monaten nichts. In die Regierungszeit der Deutschnationalen fällt allerdings die Verschärfung der Wirtschaftskrise. Es ist aber ein offenes Geheimnis, daß weder der deutschnationalen Wirtschaftsminister noch der deutschnationalen Finanzminister Gefahren für unser Wirtschaftsleben verhindern konnten, obwohl es durchaus möglich war. Wollten wir die Bilanz dieses Kapitels deutschnationaler Wirtschaftsverwaltung ziehen, so dürfte folgendes festzustellen sein: Die viel gerühmten Wirtschaftspraktiker der Rechten standen den Dingen in der Wirtschaft völlig ratlos gegenüber. Sie boten das Bild völliger Unzulänglichkeit und Zerfahrenheit!

Im Grunde genommen sind die Ursachen darin zu suchen, daß die Vertreter der Deutschnationalen Partei in den Wirtschaftskammern sich den Wirtschaftsnöten entgegenzusetzen mußten. Sie stehen besonders angelehnt des Handelsvertragsverleg vor Dingen, denen man nicht ausweichen kann. So führten die Wirtschaftsnöten zu gewissen Resultaten, zu gewissen Projekten und Plänen der Regierung, für die sie aber die Unterstützung ihrer deutschnationalen Parteifreunde nicht finden. Ein treffendes Beispiel dafür war ja schon die Behandlung des Handelsvertrags mit Siam, gegen den die deutschnationalen Agitation aus den bekannten nationalen Gründen wetteilte, den aber nach heftigem Sträuben und förmlichen Niesenblamagen die deutschnationalen Reichstagsfraktion als Regierungspartei annehmen mußte.

Wiel komplizierter liegen die Dinge angeht die Ablehnung des deutsch-spanischen Handelsvertrags durch die Deutschnationalen. Die Regierung, in der deutschnationalen Vertreter stehen, betont die Notwendigkeit, diesen Vertrag möglichst rasch zu ratifizieren. Wie wir wissen, ist die Ratifizierung geboten, weil die durch Amerika unterstützte spanische Industrie heftig gegen den Vertrag ankämpft. Eine endgültige Ablehnung des Vertrages würde eine Situation schaffen, die für Deutschlands Handel unheilvoll werden muß. Die Ratifizierung ist eine Notwendigkeit der Wirtschaft und die deutschnationalen Minister fordern sie, während die deutschnationalen Partei dagegen wetteilte. Das ist aber die Partei, die der Sozialdemokratie immer den Vorwurf machte, sie handle nicht im Interesse der deutschen Wirtschaft. Sie selber zeigen aber, daß ihre Behauptung wohl für die Deutschnationalen voll und ganz zutrifft.

Über die Dinge liegen noch viel tiefer und unerquicklicher. Die Haltung der Deutschnationalen Partei gegenüber dem deutsch-spanischen Handelsvertrag wird diktiert und befohlen von dem Landbund, der sich gegen die Ratifizierung des Vertrages für die Einfuhr von Wein und Früchten wendet, um so die agrarische Einheitsfront zwischen Ost und West zu zertrümmern. Hier sehen wir, daß eine Regierungspartei sich in äußerst wichtigen Fragen der Wirtschaftspolitik von einem ganz bestimmten Interessentenkreis leiten läßt. Dabei ist die Partei so weit gegangen, daß z. B. Herr Duisberg als Nachfolger Sorges im Reichsverband der deutschen Industrie den Landbündlern in allem Ernst den Bruch des getroffenen Zollabkommens androhen mußte, d. h. Herr Duisberg gab zu verstehen, daß die Landwirtschaft nicht auf die Zustimmung der Industrie für Agrarzölle zu rechnen habe, wenn sie weiter gegen das deutsch-spanische Handelsabkommen tobt. Wir sehen hier einen „Anschub“, der direkt erschütternd wirkt. Man macht wichtige Wirtschaftspragen zum Konzeptionsobjekt interessierter Geschäftskreise. Demgegenüber kann die Sozialdemokratie feststellen, daß sie sich ihrer ganzen Zusammenfassung gemäß, durchweg nur von den Interessen der Wirtschaft selbst in ihrer Regierungstätigkeit leiten lassen wird.

Die Folgen der gegenwärtigen Wirtschaftspolitik wirken sich selbstverständlich von Tag zu Tag auf die Wirtschaft selbst aus. Die seit Mitte Februar einsetzende Stagnation hat sich immer mehr zu einer förmlichen Depression entwickelt. Wir haben ganze Industriezweige, die einen äußerst schlechten Geschäftsgang zu verzeichnen haben. In den Rohstoffindustrien, z. B. im Bergbau, wütet die Krise mit größter Heftigkeit. Das kann niemand übersehen, der die Wirtschaftspolitik der letzten 1 1/2 Jahre genau verfolgt hat. In ihren Grundzügen lief sie auf

eine Fortsetzung des Exports durch billige Preise hinaus, die dann durch erhöhten Inlandspreis wieder ausgeglichen werden sollten. Als Folge stellte sich bald eine allgemeine Verdrängung des Inlandsmarktes heraus, während der Export demnach absteigende Kurven zeigt und heute im Monatsdurchschnitt um fast 50 Prozent hinter den Ergebnissen vor dem Kriege zurückbleibt. Es hat sich durchweg gezeigt, daß diese Art Dumping das ungeeignete Mittel ist, den deutschen Außenhandel zu beleben. Man kann vielfach feststellen, daß die für den Export bereitgehaltenen Waren bereits den Preisstand erreicht haben und wieder nach dem Inlande zurückströmen. Aus dieser Bewegung dürften sich wichtige Folgerungen ergeben, die den Bankrott der offiziellen Wirtschaftspolitik während der letzten Monate bedeuten werden. Sie wird dann, nachdem sie ihre Aufgabe, die Wirtschaftskrise zu mildern, nicht erfüllt hat, zu einer weiteren Verschärfung der Krise führen.

Angeht die Situation, findet die Regierung noch immer den Mut, an der alten Linie der Wirtschaftspolitik festzuhalten. Die Preissteigerung begegnet sich mit Plänen, die steuerlichen Lasten zu erhöhen. Man heizt die Welle um auf 20 bis 25 Prozent in den einzelnen Ländern, lehnt eine Reduzierung der Umsatzsteuer ab und verweigert eine Milderung des Lohnabzuges. In diesen Momenten liegen Ursachen, welche die Kaufkraft weiter einschränken und die Waren auf dem Inlandsmarkt setzen müssen. Selbst wenn die Neubelastung durch Erhöhung der Gehälter und Löhne ausgeglichen werden können, was unbedingt notwendig ist, werden diese Lohnkorrekturen unbedingt zur allgemeinen Erhöhung des Preisniveaus beitragen. Die Auswirkungen auf den Export liegen auf der Hand und Hunderttausende werden durch Arbeitslosigkeit die Sinne einer Wirtschaftspolitik bösen müssen, die von einseitigen Geschäftsinteressen eines kurzfristigen Unternehmers und Agrarierturns diktiert wird.

Die verdiente Beurteilung hat die Wirtschaftspolitik der Regierung im Reichswirtschaftsrat während der Steuerdebatten erfahren. Die Sachverständigen der deutschen Wirtschaft lehnten vor allen Dingen eine weitere Belastung der öffentlichen Betriebe ab, die die Regierung in der Steuer- und Aufwertungsfrage vorzieht. Man kann sagen, daß im Reichswirtschaftsrat die Sachverständigen der Wirtschaft gegen die Politik der Regierung gesprochen haben, die sich gegen die Wirtschaft auswirkt.

Das Geld ist alle!

Keiner will mehr zahlen!

Die Berliner Rechtsbörse veröffentlicht einen langen Aufruf, der um Geld für den Loebell-Block schreit. Darin werden die offenkundigen Tatsachen dreist und gottesfürchtig abgeleugnet, nämlich etwa so:

Es ist nicht wahr, daß die Wähler des Reichstages einfach aus dem angeblich unerschöpflichen Topf der Schwerindustrie und des Großgewerbetums geschöpft werden, wie es die rote Lügenpresse behauptet.

Wir haben die deutschnationalen Umwerfungen an die Wertensysteme im Lande veröffentlicht, in der Klau und Klar zu lesen stand: Berlin bezahlt alles! Heute soll das alles nicht wahr gewesen sein?

Tatsächlich hat der Loebell-Block mit den ihm anvertrauten, überall im Lande bei Industriellen und Großgewerbetreibenden tausendmarktwertige zusammengekauften Geldern in unverbundener Weise verteilt. Mehr als 500 verächtliche Flugblätter ließ er drucken, die wahllos auf die Straße geschleudert wurden. Na, einmal verfuhr er durch die deutschnationalen Hauptgeschäftsstellen in Berlin sogar dem „Vorwärts“ eine Anwendung zu machen! Was dieser natürlich dankend ablehnte, da er nicht zu den Stipendiaten des Loebell-Block gehört!

Da ist nun augenscheinlich den nächsten rechnenden Schwerindustriellen die Erkenntnis gekommen. Für all unser Geld haben wir nur die sichere Niederlage Jares vor uns — da verzichten wir lieber und unterlassen den Wahlkampf nur noch durch belandlose, weil kostenlose Sympathieerklärungen. Ein Geschäft, das keinen Erfolg verspricht, pflegen so gewierte Redner nicht mehr zu finanzieren!

Folglich muß sich der Reichstagsblock jetzt offensichtlich an die Wähler wenden und um milde Gaben flehen. Deswegen macht er sogar das famose Eingekändnis:

Nur mit reichen Mitteln ist gegen die schwarz-rot-goldene Hebermacht aufzutommen.

Also doch Hebermacht! Also doch ein Anerkenntnis, daß die Republikaner sich nicht durch die Monarchisten erdrücken lassen! Also doch das Eingekändnis, daß „nur reiche Mittel“ den Parteifreunden zur Verfügung gestellt werden müssen, mit Biennigen und Groschen ist nicht gedient gegenüber dem arbeitsschreien Eifer der sozialdemokratischen Massen, die man schon durch „reiche Mittel“ des Geldes und der Verleumdung in Grund und Boden geriten zu haben glaubte und die doch zum Schreden aller Reaktionsäre wie eine Mauer standen!

Nur reiche Mittel! Die Industrie will ihre Gelder nicht mehr in den hoblen Korres-Loof werfen. Also sollen die Stillen im Lande jetzt in denbeutel greifen! Viel Vermögen!

Ein neuer Landfriedensbruchprozess

Stettin, 3. April. Vor dem hiesigen erweiterten Schöffengericht wurde am Donnerstagabend nach vierstündiger Verhandlung ein Prozeß beendet, in dem sich 11 Angeklagte wegen Landfriedensbruch zu beantworten hatten. Am 14. September 1924 war es nämlich einer Fahneneiweide des „Stahlhelms“ im benachbarten Pödelitz zu einem Zusammenstoß zwischen Stahlhelmern und Kommunisten gekommen, wobei ein Kommunist, der 27jährige Schuhmacher Karl Schiewe erschossen wurde. Verurteilungsgegenstand waren die Kommunisten vor dem Gericht, obwohl die Stahlhelmer scharf bewaffnet zu dem Stahlhelmtage aus der Umgebung zusammengekommen waren und erwiesen wurde, daß der Kommunist von einem Stahlhelmer erschossen worden ist. Drei weitere Angeklagte wurden freigesprochen. Gegen acht Angeklagte wurde folgendes Urteil gefällt: Der Arbeiter Hoffmann wird wegen Landfriedensbruch zu 9 Monaten Gefängnis, der Arbeiter Mecklenburg wegen Führlingschaft zum Landfriedensbruch zu 1 Jahr Gefängnis, der Arbeiter Nimm wegen Landfriedensbruch zu 9 Monaten Gefängnis, Nimm wegen Landfriedensbruch zu 9 Monaten Gefängnis, Nimm wegen Landfriedensbruch zu 1 Jahr 3 Monaten Gefängnis,

Wienls und Danks wegen einseitigen Landfriedensbruch zu je 3 Monaten Gefängnis und Schulz zu 4 Monaten Gefängnis verurteilt. Dem Angeklagten Dittl wurde eine dreijährige Bewährungsfrist zugesprochen. Die Unterfuchungsschiff, die bei einigen Angeklagten sieben Monate dauerte, wird angeordnet. In der Urteilsbegündung wurde erklärt, daß den Angeklagten sämtlich mildernde Umstände zugesprochen wurden, da es sich um politische Vergehen handle.

Die Strafanträge im Tscheta-Prozeß

Gegen 5 Angeklagte die Todesstrafe beantragt

Leipzig, 4. April. Zu Beginn des heutigen Verhandlungstages wurden zunächst von einigen Angeklagten und Verteidigern eine Reihe von Beweisanträgen gestellt, die aber abgelehnt wurden. Nach weiteren Erklärungen ergrieff Reichsanwalt Dr. Neumann das Wort zu seinem Plaidoyer. Er stellte zunächst fest, daß sich die Reichsanwaltschaft in diesem Prozeß nie an die Presse gewandt habe, es habe auch weder die Reichsregierung, noch auch der Reichsjustizminister irgendwie berichtet, das Vergehen in Richtung einer außen- oder innenpolitischen Tendenz zu beeinflussen. In den sämtlichen Vorwürfen gegen die Unterfuchungsschiffen, daß auf die Angeklagten mit unzulässigen Mitteln einwirkend worden sei, liege eine Methode, die er nicht billigen könne.

Zu den Strafanträgen der Angeklagten stellte der Reichsanwalt fest, daß aus allen Urkunden hervorgehe, daß das Endziel der kommunistischen Bewegung die Errichtung der Räteherrschaft gewesen sei. Mit einer Abwehr des Sozialismus lasse sich insbesondere nicht das im preußischen Landtage gefundene Material vereinigen. Im Falle der Verurteilung der Angeklagten für erwiesen, daß der Versuch zur Erwerbung von dem Führerposten erteilt wurde. Am Falle Raush handele es sich um überlebten Mord. Die mehrfachen Ausführungen des Reichsanwalts wurden durch die Mittagspause unterbrochen.

In der Nachmittagsführung setzte Reichsanwalt Dr. Neumann sein Plaidoyer fort, um die rechtliche Seite der Strafanträge zu behandeln. Die Angeklagten hätten unter dem Zwange und auf Veranlassung ihrer Partei gehandelt. Der Reichsanwalt stellte dann folgende Strafanträge:

Gegen Neumann auf Erkenennung der Todesstrafe, 7 Jahre Zuchthaus, abzüglich 6 Monate Unterfuchungshaft und 500 M Geldstrafe, außerdem dauernden Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte, gegen Stoblenki ebenfalls Todesstrafe, 15 Jahre Zuchthaus, 500 M Geldstrafe, dauernden Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte,

ferner wegen Beihilfe zum Mord gegen Soege, Margis und Egen die Todesstrafe, außerdem gegen Soege 8, Margis 9 und gegen Egen 4 Jahre Zuchthaus, und gegen alle drei dauernden Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte, ferner 500 M Geldstrafe. Die Unterfuchungshaft soll bei allen Angeklagten entprechend angeordnet werden.

Einige Anträge der Verteidigung, den Prozeß zu verlegen, wurden abgelehnt. Die nächste Sitzung findet am Montag statt, wo die Verteidigung plädieren wird.

Deutscher Reichstag

Berlin, 4. April.

Auf der Tagesordnung steht zunächst der Bericht des Ausschusses für die besetzten Gebiete über Hilfsmaßnahmen für die besetzten Gebiete.

Der Berichterstatter Abg. v. Guérard (N.) gibt unter Annäherungen der Teilnahme des Hauses eine Schilderung der schweren Notlage, in der sich die Bevölkerung der besetzten Gebiete befindet. Die Zahl der unterfuchungsschiffen beträgt dort mehr als das Dreifache, die Zahl der ausgeübten Erwerbslosen, die keine Unterfuchung mehr beziehen, mehr als das Doppelte der entsprechenden Zahlen im unbesetzten Gebiet. Die Wohnungsnot ist im besetzten Gebiet besonders groß. Die bisherigen Hilfsmaßnahmen waren durchaus ungenügend. Der Ausschuss beantragt eine Entschädigung, in der die besetzten Gebiete der Hilfe Maßnahmen zu Gunsten des besetzten Gebietes ausgeführt werden bis zum Betrage von insgesamt 75 Millionen verlangt wird.

Die Entschädigung wird ohne Debatte einstimmig angenommen.

Vom Haushaltsausschuss wird dann die Novelle zum Beamtenbesoldungsgesetz vorgelegt, die Vorstandsmaßnahmen für die Beamten bringt. Der Ausschuss erachtet dazu in einer Entschädigung die Regierung, folgerichtig zu prüfen, ob und auf welcher Grundlage die Beamtenbesoldung erhöht werden können, und darüber dem Reichstag zu berichten.

Abg. Weiber (Soz.) erklärt, daß die Lebenshaltung der Beamten seit dem vorigen Jahre um 15 Prozent gestiegen sei. Man müsse daher zu Vorstandsmaßnahmen greifen. Die Gehälter der unteren Beamten bedürften dringend einer Erhöhung. Die in dem vorliegenden Entwurf vorgesehenen Maßnahmen seien ein Boden für die Beamten. Wenn die Regierung und die Rechte glaubte, hierdurch die Beamten bei der Wahlentscheidung hinter sich zu bringen, so habe sie sich gründlich getäuscht.

Der Weiber begründet einen sozialdemokratischen Antrag, der die Erhöhung des Altersrentenanschlages für die unteren sechs Besoldungsgruppen von 12 1/2 auf 20 Prozent verlangt. Dieser Antrag wird jedoch gegen die Stimmen der Kommunisten, Sozialdemokraten und Demokraten abgelehnt. Der Gegenentwurf wird nach den Anträgen des Ausschusses in allen drei Lesungen angenommen.

Präsident Loeb unterrichtet dem die förmliche Beratung durch die Mitteilung von dem neuen schweren Grundgesetz auf der Seite „Mathias Stinnes“. Die Abgeordneten haben sich zum Zeichen der Teilnahme von den Seiten erhoben. Der Präsident knüpft an den Bericht folgende Worte: Es ist ein außerordentlich bedauerliches Gefühl, daß alle Vorkehrungen, alle Vorbeugungsmaßnahmen, alle Vorkehrungen nicht dazu hinreichten, zu verhindern, daß solche Unfälle in unheimlicher Häufigkeit sich wiederholen. Infolge dieser Unfälle in den letzten Jahren, unsere Teilnahme mit den Verunglückten und deren Angehörigen kann ja den Schmerz der Betroffenen nur sehr gering ändern und mildern. Ich möchte an dieser Stelle an die Ausschussmitglieder die Bitte richten, in peinlichster Aufmerksamkeit die Vorbeugungsmaßnahmen und die Schutzmaßnahmen zu prüfen, damit es erpart bleibt, daß immer neue, so schwere Unfälle die deutsche Arbeiterschaft heimfuchen.

Darauf wird die Aussprache über das Wohnungswesen fortgesetzt. Nach längerer Aussprache über das für und Wider der Wohnungsgenossenschaft wird der Antrag des Ausschusses angenommen, der die Vorlegung von Material über die Entwicklung des Wohnungsmarktes und bis spätestens 30. April die Vorlegung von Novellen zum Reichsmietengesetz und zum Wohnungsmietengesetz fordert. Abgelehnt wird ein kommunistischer Antrag auf sofortige Kündigungsmöglichkeit der zum 1. April 1925 angeordneten Erhöhungen der Wohnungsmieten. — Hierauf beantragt sich das Haus, nächste Sitzung: 23. April, 3 Uhr nachmittags; Postzeit, Wiedereröffnung des Verfahrens vor den letzten Reichsgerichten. — Schluß 3 1/2 Uhr.

Kundgebung für eine Großschiffahrtsstraße auf dem Oberrhein

Freiburg, 4. April. Auf Veranlassung des Rheinischschiffahrtsverbandes fand heute hier in der Kunst- und Festhalle eine große Kundgebung zum Ausbau des Oberrheins, besonders der Oberrheinstraße Straßburg-Regel-Basel als Großschiffahrtsstraße statt, an der zahlreiche Vertreter der oberrheinischen und oberbayerischen Städte und Gemeinden von Karlsruhe bis Säckingen und Konstanz, Handels- und Handwerkskammern, der badischen Staatsregierung uhm. teilnahmen.

Der Vorsitzende des Rheinischen Schiffahrtsverbandes, Kommerzienrat Dr. Siegel, konstatierte, begrüßte die Versammlung und wies auf die Wichtigkeit der den Verhandlungsgegenstand bildenden Angelegenheit hin. Nach einem Rückblick auf die bisherige Entwicklung der Rheinischschiffahrtsprobleme, insbesondere seit dem Vertrag von Versailles, betonte er, daß bei allen Projekten zur Regulierung des Oberrheins immer der Gedanke maßgebend war, zwischen Straßburg und Basel auf dem freien offenen Rhein eine große Schiffahrtsstraße zu schaffen. Die Schaffung eines Seitenkanals entspräche in keiner Weise diesem Projekt. Der Redner hob weiter hervor, daß insbesondere das badische Volk, die Wichtigkeit dieser Frage und ihre innere wirtschaftliche Bedeutung in vollem Umfang begreifen müsse.

Im Namen der badischen Staatsregierung wies Landeskommissar Geheimrat Schneider besonders auf die vielfachen Schäden einer eventuellen Durchführung des französischen Projektes hin. Es gelte die zielgleichen Bestrebungen der Regierung seitens der Allgemeinheit energisch zu fördern.

Oberbürgermeister Dr. Bender legte in längerer Ausführungen die schwierige geographische und politische Lage Badens seit dem Vertrag von Versailles dar. Südbaden hoffe auf den Ausbau des Rheins als Großschiffahrtsstraße, die Anschluß an die großen nationalen und internationalen Verkehrswege bringe. Damit verbinde sich die Hoffnung auf den Ausbau der Verkehrsverbindungen am Rhein zwischen Konstanz und Basel. Der französischerseits geplante Seitenkanal würde diese Hoffnungen vernichten. Dr. Bender wies auch darauf hin, daß von Seiten der Alliierten der Vertrag in seinen diesbezüglichen Bestimmungen so ausgelegt werde, als die Schiffahrt nicht beeinträchtigt werden dürfe, weder auf dem Rhein noch auf dem Seitenkanal. Deutschland sei der Auffassung, daß durch die Bestimmungen klar festgelegt sei, daß durch keinerlei Projekte die freie Schiffahrt auf dem Rhein und nur auf dem Rhein beschränkt werden dürfe.

Anschließend ergriß Oberbaurat Baumann das Wort zu einem orientierenden Vortrag über den Ausbau des Oberrheins und die projektuelle Herstellung eines Seitenkanals. Seine eingehenden Darlegungen, unterstützt durch Lichtbilder, beleuchteten eindeutig die Tatsache, daß bei Durchführung des französischen Projektes der Rhein als Remis in seinem bisherigen Betriebe unter Umständen während sieben Monaten des Jahres nur 50 Kubikmeter Wasser führen würde, während der Seitenkanal 400 bis 800 Kubikmeter Wasser haben könnte.

Landesökonomierat Häder sprach im Namen der badischen Landwirtschaftskammer über die Schwierigkeiten, welche der oberbayerischen Landwirtschaft entstehen, wenn dem Rhein zwischen Basel und Straßburg große Wassermengen entzogen würden und dadurch eine große Senkung des Grundwasserpiegels eintreten würde. Durch den geplanten Seitenkanal erlitte der oberbayerische Obstbau, wie auch die ganze Pflanzenkultur unermesslichen Schaden, so daß unter Umständen im ganzen Gebiete bis an den Schwarzwald, die bis jetzt nur in besonders trockenen Jahren eintretenden Misperten chronisch werden könnten.

Im Rahmen eines Vortrages über die Beeinträchtigung der Schiffahrt durch die Erstellung eines Rheinseitenkanals gab Direktor Fendel von der Rheinischschiffahrt A.-G. Mannheim, als Vertreter der Schweizerischen Interessenten des Rheins zur Behauptung der Rheinischschiffahrtsinteressen an Hand detaillierter Unterlagen den Standpunkt der Schweizerischen Kommission dahin bekannt, daß der Kanal einen durchaus ungenügenden Ersatz für den Rhein insbesondere nach der Regulierung biete.

Nach kurzer Aussprache gelangte eine Entschließung einstimmig zur Annahme, in der dringend der baldige Ausbau der Oberrheinstraße Straßburg-Basel im Interesse der wirtschaftlichen Erziehung der oberbayerischen Gebiete gefordert und an dem Verlangen der gleichzeitigen Durchführung des großen Schiffahrtsweges bis zum Bodensee festgehalten wird. Die Entschließung spricht sich entschieden gegen das französische Projekt eines linksrheinischen Seitenkanals aus, der den Bedürfnissen der Großschiffahrt durchaus nicht genüge, und der das ganze Wirtschaftsgebiet des rechten Rheinuferes und der Wasserstraße abschnitten und dadurch der Volkswirtschaft unabsehbare Schäden zufügen würde. Es werde von der Zentralkommission für die Rheinischschiffahrt, die die Entschädigung zu füllen habe, mit Bestimmtheit erwartet, daß sie keine Abwendung des Rheins aus seinem derzeitigen Laufe zulasse und die Rheinischschiffahrtsinteressen aller beteiligten Nationen gleichmäßig wahren.

Aus dem Freistaat Baden

Ein merkwürdiger badischer Staatsanwalt

Er führt einen im politischen Leben Badens gut bekannten Namen und amtiert in Freiburg. Sein Bruder war großer Streiter wider das Zentrum in der Großhohenzollernzeit, sah lange Zeit im badischen Landtag und später auch im Reichstag. Während des Krieges ist er gestorben; sein Name war — Obkircher!

Der Freiburger Obkircher ist, wie bemerkt, der jüngere Bruder, nicht der Sohn des samptlustigen Rudolf Obkircher, wie manche meinen. Also Obkircher, der jüngere, trat vor dem 29. März in einer Freiburger Versammlung für Jares ein. Das war sein gutes Recht; was aber nicht sein gutes Recht war, und was die schärfste Kritik verdient, wenn es insbesondere durch einen Staatsanwalt geschieht, das lag in den Angriffen gegen die badische Regierung wegen ihrer „Sympathisierung der Stellungnahme für das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold“. Das hat es Herrn Obkircher, dem jüngeren, angetan und deshalb erklärte er in der erwähnten Jaresversammlung wie folgt:

„Die offizielle Beteiligung der badischen Regierung an den Kundgebungen dieser Organisation, wie derjenigen, die kürzlich in Karlsruhe stattgefunden hat, sei „auf die Dauer nur schwer tragbar“ und unvereinbar mit ihrer unparteilichen Stellung. Die in Karlsruhe angeordnete Verlesung verdienste schweres Mißtrauen! In erster Linie gelte das für den Staatspräsidenten Dr. Hellbach, der „so wenig erkenne, welche Pflichten ihm mit seinem Amte auferlegt worden sind.“

Es ist unglücklich, daß dieser Mann es wagt, von Amtspflicht des badischen Staatspräsidenten zu sprechen, wo er doch selbst daran denken sollte und daran denken müßte, was er als Staatsanwalt dem badischen Staate schuldet. Das Reichsbanner ist politischer und moralischer Schutz der derzeitigen badischen Regierung,

und wenn diese mit dem Reichsbanner sympathisiert, so tut sie recht und klug daran. Ein Staatsanwalt aber, der zum Schutz und zur Hüterung der badischen Republik berufen ist, begehrt eine Pflichtverletzung, wenn er die Regierung wegen ihrer Stellungnahme zum Reichsbanner in öffentlicher Versammlung tadelt.

Wir sind gewiß für Rede- und Meinungsfreiheit eines jeden Staatsbürgers, aber wir sind doch gespannt, ob Justizminister Trunt diesem badischen Staatsanwalt der Republik nicht das nötige ob seines dreifachen Vorgehens eröffnet. Verdient hat er es wirklich.

Einen politischen Denkwort hat man ihm in einer Emmendinger Versammlung gegeben. Da haben 3/4 der Teilnehmer spontan den Versammlungsraum verlassen, als Obkircher als Redner sich weigerte, freie Diskussion zu gewähren. Ein Wäckerling blieb da, aber ganz Emmendingen freute sich, daß man dem antirepublikanischen Freiburger Staatsanwalt diesen Streich gespielt hatte.

Rheinregulierung Basel-Straßburg

In den französischen Tageszeitungen wie in der Fachpresse finden sich in der letzten Zeit auffallend viele Aufsätze über das französische Projekt der Abheilung des Rheins in einen Seitenkanal auf elsfässischem, also französischem, Boden. Der Rhein soll nach diesem Projekt bei Säckingen in den zu erbauenden Kanal abgeleitet werden, der bis Straßburg führen soll, wo der Kanal wieder in den Rhein mündet. Der Kanal soll eine Breite von 24 und eine Tiefe von 7 Meter erhalten. Durch 8 Kraftstationen soll das Gefälle ausgenutzt werden, wodurch man 800 000 PS zu gewinnen hofft. Der Flußlauf des Rheins wäre dadurch als Wasserstraße ausgedient; der Vorteil für Frankreich aber wäre durch diese Maßnahme der, daß Frankreich den Rhein völlig beherrschen würde immer und für alle Gelegenheiten. Sowohl die Schweiz wie Holland sind Gegner dieses Projektes, ganz natürlich auch Deutschland, in welchem so ziemlich alle Staaten, die auf den Strom als Handelsstraße angewiesen sind. In den zahlreichen französischen Aufsätzen der letzten Zeit wird immer wieder die Behauptung wiederholt, die schon oft widerlegt wurde, daß die Regulierung der Rheinstraße von Basel (Säckingen) bis Straßburg nicht möglich sei wegen des Gefälles. Auf Grund des schweizerischen Bundesrates wurde vor einiger Zeit von der Badischen Oberdirektion für Wasser- und Straßenbau ein Regulierungsprojekt ausgearbeitet. Diese wissenschaftliche Arbeit kommt zu dem Schluß, daß die Regulierung des Rheins sehr wohl möglich sei. Die ersten Rheinbauaufschulte, die jahrelang im Rheintrombe tätig waren, sind fast davon überzeugt, daß die Regulierung, und nur diese, der Schiffahrt eine ungeahnte Entfaltung verschaffen werde. Dagegen scheinen die französischen Fachleute das Regulierungsprojekt überhaupt nicht zu kennen, oder aber aus der unrationellen Grundgedanken Regulierung der Rhone nicht stimmende Parallelen zu ziehen. Es ist zu hoffen, daß sie ihre Ansichten ändern werden, wenn ihnen das Regulierungsprojekt vorgelegt wird; wenn nicht, dann muß man annehmen, daß sie bei weitem nicht einen vorteilhaft regulierten freien Rhein erleben, sondern einen unfreien Rhein, der sich in der Verwaltung Frankreichs befindet. Die schweizerische Industrie- und Handelswelt ist ohne Zweifel auch die schweizerische Regierung nicht entzweielt der Meinung, daß nur die Regulierung dem Geiste und den Bestimmungen der Rheinischschiffahrtsakte entspricht, und daß daher nur die Regulierung in Frage kommen kann, immerhin unter Wahrung der im Friedensvertrag Frankreich zugesicherten Rechte, aber nur so weit als nicht dadurch die ebenfalls im Friedensvertrag neuerdings garantierte Freiheit der internationalen Rheinischschiffahrt beeinträchtigt wird.

Die Verasser des Regulierungsprojektes kommen über die Kostenfrage zu dem Schluß, daß die Regulierung mit allen Bauten auf etwa 4 520 000 M. zu stehen kommen wird; hier von entfallen 18 200 000 M. auf die Strecke Rhein-Weißach und 31 320 000 M. auf die Strecke Weißach-Straßburg.

Der wirtschaftliche und wirtschaftsvolitische Vorteil und der Vorteil des Verkehrs liegt für Frankreich, wenn der Rhein in einen französischen Seitenkanal abgeleitet wird, auf der Hand; desgleichen die dauernden Nachteile auf diesen Gebieten für Deutschland, insbesondere für die an den Rhein grenzenden deutschen Gebiete. Aber auch schon bei der Regulierung des Rheins einerseits und des Bannes des Kanals auf französischem Boden andererseits entstehen besonders auch für die deutschen Arbeiter Nachteile. Bei der Regulierung des Rheins nämlich tunsende deutscher Arbeiter auf Arbeit und Verdienst rechnen, beim Bau eines französischen Seitenkanals scheitert jede Arbeitsstellung deutscher Arbeiter aus. Es ist Pflicht des badischen Landtags, sich mehr als bisher mit dieser Frage zu beschäftigen.

„Stahlhelm“-Heuchelei

Wir nahmen kürzlich von der Meldung einer bürgerlichen Nachrichten-Agentur Notiz, nach welcher der „Stahlhelm“ bei seiner Totengedenkfeier im Schlossgarten zu Schwetzingen am 1. März durch seinen Landesleiter v. Neufville der Trauer über den Tod Eberts Ausdruck verliehen und dabei gesagt habe, der Trauerfeier um die „Stahlhelm“-Fähne gelte in diesem Augenblick „auch dem so plötzlich Dahingegangenen, unserem 16. Reichspräsidenten“. Wir warnten schon damals vor der fühllosen Hattenfänger-Plöde des Herrn v. Neufville, indem wir unter Hinweis auf die gemeine Schwächung der Republik und ihrer Symbole, die sich am selben 1. März der „Stahlhelm“ in Halle a. d. S. geleistet hatte, das folgende schrieben:

„Was man aus Schwetzingen vernimmt, das ist eine bewusste und gewollte Verfälscherung der wahren Natur des „Stahlhelm“, dazu bestimmt, die Masse insbesondere der proletarischen Frontkämpfer über Wesen und Ziele des „Stahlhelm“ zu täuschen und sie dadurch vom Beitritt zum Reichsbanner, dessen gewaltiges Erbe man mehr und mehr zu fürchten beginnt, abzuhalten. Das wird der Notte um Neufville nun allerdings nicht gelingen. Die Verschönerung, mit der er im republikanischen und demokratischen Baden seine Ziele zu fördern meint, wird die berufungsstrennen Frontkämpfer erst recht von seinem Bunde fernhalten und sie in der Uebereignung bestärken, daß ihr Platz nur im Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold sein kann.“

In der Nr. 27 der „Voss. Zeitung“ vom 31. März ds. Js. lesen wir nun die folgende Verächtigung:

„Die in der Nr. 66 vom 6. März ds. Js. in einem Bericht über Sonderberichterichters aus Heidelberg gelegentlich der Ueberführung der Leiche des Reichspräsidenten aufgestellte Behauptung: „Reichsbanner und Stahlhelm hatten gemeinsam die Fährten vor den vorbeifahrenden Auge, ist unwahr. Wahr ist vielmehr, daß sich in keinem Falle eine Stahlhelmsgruppe in irgend einer Form an den Beisehungsfeierlichkeiten beteiligt hat.“

Der Stahlhelm, Landesverband Groß-Berlin.“

„Wir bedauern sehr, dem „Stahlhelm“ etwas nachgesagt zu haben, was ihm zur höchsten Ehre gereicht hätte.“ — bemerkt zu dieser Verächtigung die Redaktion der „Voss. Ztg.“ Wir aber möchten ihr unsererseits hinzufügen: Auch in dieser Groß-Berliner „Stahlhelm“-Kundgebung, die Wert auf die Feststellung legt, daß „in keinem Falle“ eine Stahlhelms-Gruppe „in irgend einer Form“ sich an den Beisehungsfeierlichkeiten für den verstorbenen ersten Reichspräsidenten beteiligt hat, kommt die wahre Natur dieser Landesrechts-Organisation zum Ausdruck. Was Herr v. Neufville am 1. März in Schwetzingen sagte, war dagegen eine Heuchelei, berechnet auf die Tränenrisen derer, die „nicht alle werden“, eine schelmige Konzeption an die Gefühle und Empfindungen der Bevölkerung des demokratischen Baden, der Heimat Fritz Eberts. Und da müssen wir schon sagen: mehr Respekt — sofern in diesem Falle von solchem Überhaupt die Rede sein kann — haben wir schon vor der ehelichen Brutalität der Hollener und Berliner Stahlhelmer, als vor dem berechnenden politischen Komödiantentum eines Neufville und seine Mitaktoren auf der Bühne des Schwetzingen Volkstrauertag-Theaters.

Gewerkschaftliches

Entscheidung des Schiedsgerichts im Berggewerbe

Das Schiedsgericht hat die Frage, ob die bisher aufstehenden Verbände des Berggewerbes als Tarifparteien zum Reichsarbeitsvertrag zugelassen werden sollen, auf Grund einer in sämtlichen Banken vorgenommenen Abstimmung dahin entschieden, daß der Deutschnationale Handlungsgehilfenverband als Tarifpartei zugelassen sei, daß aber die übrigen bisher aufstehenden Verbände nicht so viel Mitglieder im Berggewerbe besitzen, daß ihre Beteiligung an den Tarifverhandlungen gerechtfertigt wäre. Am kommenden Dienstag werden die Schlichtungsverhandlungen fortgesetzt.

Zum Konflikt im Berliner Metallgewerbe

Wie das Kulturabendblatt zu dem Konflikt in der Berliner Metallindustrie meldet, ist nachdem der Deutsche Metallarbeiterverband es abgelehnt hat, auf das Ultimatum des Verbandes Berliner Metallindustrieller eingegangen, wonach die streikenden Kupferhämmer am Montag die Arbeit bedingungslos wieder aufnehmen sollten, zunächst die Aussperrung von 7500 Arbeitern in den 4 großen Lokomotivfabriken von Borsig, Schwarzkopff, Orenstein u. Koppel und A.G. beschlossen. Darüber hinaus sei die Aussperrung der Arbeiter der Metallindustrie zu erwarten, da laut Verbandsführung sich alle Unternehmer der Metallindustrie solidarisch erklären würden. In diesem Falle würden rund 240 000 Arbeiter in Betracht kommen. Allerdings soll am Montag noch versucht werden, in unbeschädigten Bergbauhandlungen eine Einigung zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer herbeizuführen. Die Metallarbeiter hätten zu diesem Zweck die Schlichtungsausschuss angerufen.

Wurffabrik Bölls A.-G. in Oldenburg

Zu unserer Notiz über die Arbeitsverhältnisse bei obiger Firma schied uns dieselbe folgende Erklärung, die von Vertrauensleuten der Belegschaft unterzeichnet ist: „Die unterzeichnete Belegschaft der Bölls A.-G. erklärt hierdurch, daß sie nicht hinter den in der Presse verbreiteten Erklärungen über die Verhältnisse bei der Bölls A.-G. steht. Die Belegschaft ist vielmehr mit den Arbeitsverhältnissen, der Behandlung und mit der von der Bölls A.-G. gegebenen Vergütung zufrieden und erklärt die verbreiteten Behauptungen für unrichtig. Die Belegschaft wünscht auch über das gesamte Arbeitsverhältnis mit der Bölls A.-G. direkt zu verhandeln.“

Zu dieser Erklärung, die bekannete Geist atmet, schreibt uns der Zentralverband der Fleischer:

„Die Wurffabrik Bölls A.-G. Oldenburg hat der Presse sowie den gewerkschaftlichen Organisationen ein Schreiben nebst „Erklärung“ ihrer Vertrauensleute gefandt. Es soll alles schön und sein im Betrieb sein, die Beschäftigten wünschen keinen Tarif mit geregelter stündiger Arbeitszeit. (?! Einige Zeitungsredaktionen sind sogar eingeladen auf Kosten der Firma Bölls nach Oldenburg zu kommen und den Betrieb zu besichtigen. Eine solche „Besichtigung“ wird nicht ergehen, daß die Bölls A.-G. aus Prinzip eine stündige Arbeitszeit nebst vielen Ueberstunden und Sonntagsarbeit ohne Bezahlung für unbedingt erforderlich hält. Gleichfalls aus Prinzip lehnt sie es ab, mit der gewerkschaftlichen Organisation der Beschäftigten zu verhandeln. Dafür will sie jedoch sehr gern Konsumvereine, Werkstatkanten uhm. mit ihren Fleisch- und Wurffwaren beliefern.“

Die der Presse übermittelte „Erklärung“ ist auf die der organisierten Arbeiterschaft bekannte Art aussehend gekommen. Warum will man die Gewerkschaft ausschalten? Am keinen Tarifvertrag zu bekommen.

Die Belegschaft ist in ihrer großen Mehrheit anderer Meinung als die „Vertrauensleute“. Dieselbe verlangt eine tarifliche Regelung. Der Schlichtungsausschuss, der angerufen, wird in den nächsten Tagen eine Entscheidung treffen.

Die Bölls A.-G., die über 200 Personen (1/2 Fleischer) beschäftigt hat, trotz Anordnung des Gewerberats noch keine Anhalten getroffen betr. Betriebsräte wählen. Die „Vertrauensleute“ sind besser, weil man diese, wenn sie nicht wollen, schnell los wird, einen Betriebsrat jedoch nicht. Auch hier will man den gesetzlichen Schutz der Arbeitnehmer nicht anerkennen.

Die Bölls A.-G. beschäftigt mit Vertiebung junge ungelernete Leute bei ihrer Wurffabrikation, weil diese billiger, — jedoch keineswegs besser — als Gesellen arbeiten.

Die öffentliche Kritik hat schon etwas gemerkt. Am den schlechten Eindruck zu vermeiden, hat die Bölls A.-G. sogar Unternehmen eingeladen, mit denen sie keine geschäftlichen Beziehungen hatte. Man wollte diese gern vor den eigenen Wangen spannen. Die Firma, die so gern mit ihrer amerikanischen Einrichtung uhm. prahlt, hat auch die Rückwärtslosigkeit amerikanischer Kapitalisten.

Aus der Partei

Das führende sozialdemokratische Organ der Niederlande, „Het Volk“, heug unter hater Anteilnahme der gesamten bürgerlichen Presse der Niederlande das 25jährige Jubiläum feiert. Die Verwallung des Niederländischen Pressevereins hat anlässlich der Jubiläumfeier im Niederländischen Presseverein eine Spezialausstellung veranstaltet, welche die Entwicklung von „Het Volk“ von einem kleinen Parteilist auf einem der größten Blätter der Niederlande mit über 60 000 Abonnenten illustriert.

Gerichtszeitung
Schwurgericht Karlsruhe

Der letzte Fall der Schwurgerichtsperiode brachte eine Anklage der

Untersuchung und des Verfalls der Brandstiftung

die sich gegen den 27jährigen Schmiedmeister Hermann Weibel aus Durlach richtete. Ihm wird zur Last gelegt, sich fremde bewegliche Sachen einer Lederfabrik angeeignet und als Kaffee für den Arbeiterverbandes Gelber in Höhe von 1300—1400 M angeeignet und für eigene Zwecke verwendet zu haben. Außerdem soll Weibel einen Schrank mit Wächem, der dem Arbeiterverband gehörte, vor dem Tage der Kaffeeentziehung in Brand gesetzt und dadurch ein Gebäude gefährdet haben. Aus dem Umstand, daß für die Kaffeeentziehung nichts vorbereitet war, wurden weitere Verdachtsgründe gegen W. geschöpft. Bei seiner Vernehmung betriß der Angeklagte, den Schrank, worin die Gelbhefte und Abrechnungsbücher untergebracht waren, in Brand gesetzt zu haben. Am Abend des Brandes war er auf dem Feuerwehrraum in Durlach und bald nach seiner Rückkehr wurde er geweckt und sah den Schrank in Flammen stehen. Er wurde später vor dem Schrank bewußlos aufgefunden. Der Angeklagte erklärte, er vermute daß ein Fremder, der wußte, daß in dem Schrank Geld sei, den Schrank aufbrechen wollte. Die Zeugenausfragen erbrachten keine Tatsachen, daß ein Fremder in der Nacht in dem Hause war. Auch das Gericht konnte sich von der Glaubwürdigkeit der Angaben des Angeklagten nicht überzeugen und berurteilte ihn zu einem Jahr Gefängnis, abzüglich 2 Monaten Untersuchungshaft. — In der Verhandlung über die Verhandlung gegen den Fabrikarbeiter Henselmann in Karlsruhe (Meineid) ist dahin richtig zu stellen, daß Henselmann erkrankte, er habe mit einer Mieterin ein intimes Verhältnis unterhalten, während die als Zeugin gehörte Mieterin die gegenteiligen Angaben machte.

Der schwarz-weiße Steinhäger. Ein Prozeß, der gegen den Vorsitzenden der Sozialdemokratischen Partei in Steinhagen i. Westf., Bruno Wagner, geführt wurde, liegt zwar schon einige Wochen zurück, er wird aber noch immer jene Arbeiter interessieren, die nicht ungerne einen „Steinhäger“ genehmigen. Die freie Turnerschaft in Steinhagen hatte im vorigen Sommer einen Festzug durch den Ort veranstaltet, die Vereine der sozialdemokratischen Partei und der Arbeiterjugend beteiligten sich daran und Wagner führte das Ganze. Wagner erhielt nun eine Anklage, weil er die „Niederstufe auf Schwarz-weiß-rot, Flußufer bei den Rohbauern der nationalen Fabrikanten und Arbeiter auf die proletarische Jugend nicht verhindern haben soll. Zwei Verhandlungen fanden statt, die Älten wurden über diesen Fall vollgeschrieben. Hauptzeuge war Herr Werner Schlichte, der nicht nur Schnapsfabrikant, sondern auch Vorsitzender des Arbeitervereins ist. Das Gericht sprach den Angeklagten frei, die Hofen der Sozialisten auf nicht etwa Herrn Schlichte, sondern der Sozialisten, seien erlegt. Hoch- und Niederstufe, so heißt es in dem Urteil, seien niemals politische Kundgebungen; der Kampf gegen den Alkohol sei nicht unzulässig, wenn er auch einzelnen Personen unangenehm und unbecuem ist. Wir schließen uns der Meinung der Vieleselber „Vollmacht“ an, daß diejenigen, die der Republik besonders dienen wollen, sich stets daran erinnern sollten, daß sie mit dem Genuß bestimmter „Arten“ schließlich Schwarz-weiß-rot fördern.

Wegen Verleumdung des Polizeidirektors Dr. Haber in Mannheim wurde der Ingenieur Adolf Strang vom dortigen Schöffengericht zu 50 M Geldstrafe verurteilt. Str. hatte vor dem hiesigen Gericht geschworen, weil die Schalter nicht pünktlich geöffnet wurden. Auf den Herrn hin kam der Polizeidirektor selbst herbei und weil er annahm, Str. sei vom vorhergegangenen Sonntag noch nicht ganz nüchtern, sperrte er ihn einige Stunden in Arrest. In einer öffentlichen Versammlung erzählte Str. den Vorgang und bemerkte dabei, wahrscheinlich habe der Polizeidirektor zu gut geküßt. Bei der Verhandlung stellte Str. diese Bemerkung in Abrede, aber ein Redakteur hatte sie stenographisch und ein als Zeuge gehörter Amtsgerichtsdiener sie in der Versammlung gehört.

Kleine badische Chronik

*** Pforzheim.** Eine Festnahme mit Hindernissen, die der Komit nicht entbehrt, nahmen in vergangener Woche zwei hiesige Polizeibeamte vor. Ein hiesiger starker Trinker sollte in eine Deliankt schon seit einiger Zeit eingekerkert werden, verstand es aber mit großem Geschick, sich dieser Maßnahme zu entziehen, jedoch schließlich nur seine polizeiliche Sicherung überbrückte. Aber auch diese blieb, da man den Mann nie antrat, auf Hindernisse, bis sich schließlich zwei Beamte auf die Leuer legten und dem Spätkommissar in seine Wohnung folgten, um ihn mitzunehmen. Aber so leicht sollte dies nicht gehen, der Mann ging rasch in sein Zimmer und schloß die Tür, die durch das Fenster auf das Dach. Die verfolgenden Polizeibeamten, die alsbald bemerkten, daß eine Flucht über die Dächer für den Ausreißer unmöglich war, da eine hohe Giebelmauer den Weiterweg absperrte, blieben ruhig an den Dachfenstern und machten den Flüchtling darauf aufmerksam, daß er ja doch den gleichen Weg zurück müsse, sie ihn daher ruhig erwarten könnten. „Da könnt ihr lang warten!“ lang es zurück, was mit „Wir haben Zeit!“ beantwortet wurde. Und dann ließen sich beide Teile, der eine auf dem Dachstuhl, die andere am Dachfenster, häuslich nieder, der Dinge harrend, die da kommen sollten. Nun war es aber in der Nacht ziemlich kalt, was der Dachwandlerer viel rascher spürte, wie seine Verfolger und schließlich sah der Verfolgte ein, daß er es doch nicht auf die Dauer auf seinem luftigen Sockel aushalten konnte und begab sich freiwillig in die Obhut seiner Verfolger, worauf alle drei befristet dem Wintermarck antraten.

*** Rastatt bei Rietloch.** Montags abend durchdrang ein Fuhrwerk von Rastatt den Ort. Vor der Kirche schaute das Pferd und überprang zwei am Gehweg spielende Kinder. Das eine kam mit dem Schreit davon, das andere, das zweiährige Töchterchen des Landwirts Gustav Seemann, lief unter die Räder des Wagens und wurde schwer verletzt ins Haus gebracht.

*** Heidelberg.** Donnerstag Nacht 2 Uhr hat ein unbekannter etwa 25—30 Jahre alter Mann in der Kronprinzenstraße nach vorausgegangenem Vorwurfschlag auf einen lebenden Bautechniker fünf scharfe Revolverkugeln abgefeuert, von denen einer durch das Auge in den Kopf drang. Der Schwerverletzte wurde in das Krankenhaus gebracht, der Täter ging in der Richtung Rohrbach flüchtig. — Auch in diesem Sommer wird Heidelberg seinen Ruf als **Kongressstadt** wiederum behaupten können. Sowie bekannt ist, sind bis jetzt über 20 Kongresse angedeutet worden, darunter der deutsche Philologentag und der deutsche Notartag. Im Zusammenhang mit den Tagungen sind auch eine Reihe von **Schloßbeleuchtungen** vorgesehen, die am 5., 15. und 21. Juni, 26. Juli sowie 11. August stattfinden werden. Weitere Beleuchtungen sind in Aussicht genommen.

*** Mannheim.** Ein 81jähriger Rentner hat sich vom Balkon des dritten Stockwerkes seiner Wohnung auf die Straße gestürzt. Er starb alsbald an den erlittenen Verletzungen. Die Ursache

des Selbstmordes ist noch nicht festgestellt. — Wegen Familienzwistigkeiten hat sich ein 27jähriger Lehrling einen Schutz in die Brust beigebracht. In lebensgefährlich verletztem Zustand wurde er ins Krankenhaus überführt.

*** Wiesent bei Bruchsal.** Beim Bahnübergang stürzte der 75jährige Landwirt Valentin Wühl von seinem Wagen und erlitt lebensgefährliche Verletzungen. — Das sechsjährige Schindchen des Schlossermeisters Georg Genter wurde von einem Personenauto mobil überfahren und schwer verletzt. Den Automobilführer trifft keine Schuld.

*** Von der Schwarzwaldbahn.** Im vorigen Jahre wurde im Mai der Umbau des Eisenbahnviadukts bei Hornberg begonnen, der bis zum Oktober vollendet sein dürfte. Die 150 Meter lange Steinbrücke führt nun in 7 mächtigen Steinbögen über das Tal hinweg. Die einzelnen Pfeiler haben eine Breite von vier Metern; die Höhe der Brücke beträgt 24 Meter und trägt sich in ihrem aufwärtstenden Aufbau vorzüglich in das Landschaftsbild ein. In der nächsten Zeit werden die letzten Pfeiler der alten Eisenbahnbrücke, die dem Verkehr nicht mehr gemachen war, verschwinden. Der Umbau dürfte auf etwa zwei Millionen Mark zu stehen kommen.

*** Gausch.** Zu dem Raubmordversuch an dem Landwirt Gutmann aus Einbach ist nach zu berichten, daß im Befinden des Verletzten eine kleine Besserung eingetreten ist, doch ist die Lebensgefahr für den am Kopf erheblich Verletzten noch nicht behoben. Es ist im einzelnen noch nicht festgestellt, von welcher weiteren Wirkung die Kopferkugeln, die von einem Lattentüdel eines Jaunes und einem Schlagzeug herabfielen, sind. Der Haupttäter ist der Sohn Erwin Müller, der die Tat ausführte, während sein Vater Schmier stand. Müller verhielt sich auch, den Verletzten in die Klinik zu werfen, um sich seines Opfers endgültig zu entziehen, doch kam Gutmann unterdessen wieder zum Bewußtsein. Seine Sittlichkeit verschleuderte die Täter, worauf er später gefunden wurde.

*** Freiburg.** In den letzten Tagen fiel es auf, daß die aus dem Bezirk Rappel nach Freiburg gelieferte Milch stark gemältert war. Der Milchkontrollleur des städtischen Amtsrates stellte fest, daß die von der Landwirtschafsfrau Klara Kreuz abgelieferte Milch durch einen Wasserzusatz von 15 Prozent verdünnt war. Die Milchproduzentin erhielt vom Gericht einen Strafbefehl, der auf eine Woche Gefängnis und 200 M Geldstrafe lautete. Die Bekl. gab sich damit aber nicht zufrieden und beantragte gerichtliche Entscheidung. Die Bekl. aber auf ihren Anknüpfen aus, denn die Gefängnisstrafe wurde auf 3 Wochen erhöht.

*** Freiburg.** Wagnereplosion. In den Drast- und Kachelwerken in der Wagnereplosion im Stadteil Stühlinger waren mehrere Arbeiter am Freitag nachmittag mit Verletzungen an einer Maschine beschäftigt, zu denen eine Benzolampe verwendet wurde. Wählich trat eine Explosion des Benzols die Lampe in zwei Teile auseinander. Zwei jüngere Arbeiter trugen schwere Brandwunden davon.

*** Neumühl.** Vom Großen Schiffeckericht zu Ofenbrunn wurde der hiesige Steuerinspektor Rapp wegen Amtsunterschlagung zu acht Monaten Gefängnis verurteilt unter Anrechnung der Untersuchungshaft.

*** Heiligenberg.** In der Morgangelegenheit des Landwirts Schäfer wurde eine weitere Verhaftung vorgenommen. Eine Schwester des von der Staatsanwaltschaft gefestigten Erich Mayer, Maria Mayer, wurde von der Gendarmerei ins Amtsgefängnis Pullenbach abgeführt.

*** Tauberbischofsheim.** In Eiersheim brannten die Scheuer und die Nebengebäude des Anwesens des Landwirts Heinrich Dahl vollständig nieder. Die Entstehungsurache ist noch nicht aufgeklärt, doch wird Ausschluß vermutet. — In Dörlersbach geriet Ebenmühlensbesitzer Rudolf Czeri auf dem Heimwege in der Nacht in die Tauber und ertrank.

*** Weiskirchen bei Leberlingen.** Das 2½jährige Kind des Landwirts Otto Rodmann geriet unter einen in Bewegung befindlichen Gödel und wurde so schwer verletzt, daß es nach seiner Ueberführung ins Krankenhaus starb.

*** Zurland.** Unter dem Einfluß des Tauwetters und der großen Feuchtigkeit hatten sich auf der Vintenföhren der Bergstalbahn zwischen den Stationen Hammerleibach und Zurland bei den Wägen bergwärts größere Erdmassen gelöst und durch Ausfaltungen das Gleis verschüttet. Außer Betriebsstörungen sind Schäden nicht zu verzeichnen.

Katastrophe in einem Steinbruch
*** Kandern.** In den Steinbrüchen bei Pütschenbach ereignete sich Freitag nachmittag ein unheilbringendes Unglück, welches durch das vorzeitige Ausgehen eines Sprengstoffes verursacht wurde. Die bei den Sprengarbeiten tätigen Arbeitsleute wurden von den aufgewirbelten Steinmassen in die Tiefe geschleudert, mehrere von ihnen lebensgefährlich verletzt. Zwei Arbeiter, der Mitte der 40er stehende Schiefermeister Kasper aus Kandern und der Steinhauer Kihmann, erlagen den Verletzungen nach am gleichen Abend. Drei der Verletzten wurden mit Sanitätsautos in die Chirurgische Klinik nach Freiburg transportiert. Dort ist, wie uns berichtet wird, auch der ledige Arbeiter Schmid aus Kandern am Freitag nachmittag an seinen schweren Verletzungen ebenfalls gestorben.

Wahlhumor. Am 27. Mannheimer Wahlbezirk (Neubenheim) wurde am Sonntag ein Fehlschießen, auf dem sämtliche Namen durchgeschossen waren. Dafür stand darauf: „Sollte 6, 16“. Als in der Bibel nachgeschlagen wurde, entdeckte man an der angegebenen Stelle folgenden Spruch: „Diese sechs Stöße haßet der Herr und an dem siebenten hat er einen Gneul.“

*** Fahrplanänderungen.** Vom 5. April an treten nachstehende Fahrplanänderungen ein. Auf der Strecke Karlsruhe-Maxau wird der Zug 1328 bisher Maxau ab 7.23 n. durchweg 20 Minuten früher abgeht. Geändert wird außerdem vom 13.29 Karlsruhe ab 7.30 Maxau an 7.48 n. Zwischen Appenweier und Heßl besteht der Zug 619 bisher Appenweier ab 11.28 vorm. früher und zwar Appenweier 11.27, Regelsdorf 11.35, Rast 11.41, Heßl ab 11.48.

Sonderzüge zur Frankfurter Frühjahrsmesse. Anlässlich der vom 19. bis 22. April stattfindenden Frankfurter Frühjahrsmesse ist für eine reibungslose Beförderung der zu erwartenden auswärtigen Besuchermassen durch Einlegung zahlreicher Bahnverwaltungen und Doppelverbindung von Zügen seitens der Bahnenverwaltung Sorge getragen. Das Wesentliche läßt wie folgt aus demal wiederum große Sonderzüge zu ermäßigten Fahrpreisen verkehren. Es kommen dafür u. a. in Betracht die Strecken: Freiburg—Frankfurt mit Halt in Durlach und Karlsruhe. — Offenburg, Appenweier, Karlsruhe, Schwetzingen, Mannheim. — Pforzheim—Frankfurt mit Halt in Rastatt, Bruchsal, Heidelberg. — Die Pfalz und das Saargebiet werden bedient durch die Züge: Pirmasens—Bismarck—Landau—Ludwigshafen—Mannheim—Frankfurt und Saarbrücken—Oberheim—Rastatt—Bad Kreuznach—Frankfurt. — Sonderzüge aus dem Ausland erübrigen sich im allgemeinen bei der so liberale am jüngsten Verkefrolage Frankfurts. Aber es kann diesmal mit einem so

starken Auslandsbesuch gerechnet werden, daß zur Beförderung der englischen und belgischen Besucher ein Sonderzug Ostende—Brüssel—Nachen—Köln—Frankfurt vorzuziehen ist und außerdem entsprechende Sonderzüge für den Besuch aus Italien und der Schweiz, sowie Frankreich und aus Holland in Aussicht genommen sind.

Stadtdesinfektionsplatten. In einigen Gegenden des Landes werden in letzter Zeit, namentlich bei Landwirten, sogenannte Stadtdesinfektionsplatten angepriesen und vertrieben, die unter anderem auch zur Beförderung der Maul- und Klauenseuche geeignet sein sollen. Nach dem Ergebnis der vorgenannten Untersuchung kommt der Platte jedoch eine desinfizierende, d. h. keimtödtende, entscheidende Wirkung keinesfalls zu. Die Angabe, daß die Platte „besitzt Seuchenschutz, ideale Desinfektion von Pferde-, Kuh-, Schaf-, Schweine- und Hühnerställen und Aborten“ genügt, ist daher irreführend. Geradezu schädigen aber kann die Anwendung insofern wirken, als bei Seuchenfällen im Vertrauen auf die angepriesene Desinfektionswirkung der Platten andere Maßnahmen zur Seuchenehrlichung unterlassen werden. Vor dem Ankauf der sogenannten Stadtdesinfektionsplatten muß deshalb gewarnt werden.

A. B. Wiedereinführung einer Fahrpreisermäßigung für Gesellschaftsfahrten bei der Reichsbahn. Außer der Herabsetzung der Mindestzahl für Sonderzüge ist nunmehr auch den vom Reichsbahn-Betriebsverband vorgeschlagenen Wünschen auf Wiedereinführung der im Jahre 1908 abgeschafften Ermäßigung für Gesellschaftsfahrten seitens der Reichsbahn entprochen worden. Die ab 6. April in Kraft tretende Ermäßigung beträgt 25 Proz. gegenüber den normalen Preisen bei einer Mindestteilnehmerzahl von 20 Personen und einer Mindestentfernung von 50 km. Die Ermäßigung ist nur unbedeutend geringer als die der Sonntagsfahrarten mit 33 Proz., dafür ist jedoch die Bewegungskraft größer als bei den nur nach bestimmten Stationen aufzuliegenden und nur über Sonn- und Feiertagen gültigen Sonntagsfahrarten. Bei der Ermäßigung für Gesellschaftsfahrten besteht die Möglichkeit gemeinsame Fahrten von und nach allen Stationen auf Entfernungen über 50 km ohne Bindung an bestimmte Wochentage und auch mit anderen als den nur für Sonntagsfahrarten zugelassenen Zügen zu unternehmen. Die näheren Bestimmungen werden in dem nächsten Nachtrag zum Deutschen Eisenbahn-Personen- und Gepäcktarif enthalten sein.

A. B. Erleichterung der Veranlassung von Sonderzügen. Dem Reichsbahn-Betriebsverband ist auf seine wiederholten Bemerkungen wegen Erleichterung der während der Inflation erhöhten Mindestzahl an Teilnehmern für Gesellschaftsfahrten jetzt seitens der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft Berlin die Mitteilung zugegangen, daß mit Wirkung vom 6. April, neue erleichterte Bestimmungen in Kraft treten. Die künftigen Mindestzahlen der zu lösenden Fahrkarten betragen in der 1. Kl. 100, in der 2. Klasse 200, in der 3. Klasse 340 (bisher 400), in der 4. Klasse 500 (bisher 600). Eine weitere Herabsetzung ist mit Rücksicht auf die aufzubringenden Mindesteffektiven nicht angeht.

Das Land Baden im Film. In den Monaten Juni bis Oktober ds. Jrs. findet in München eine große deutsche Reiseverkehrs-Ausstellung statt, die ein Bild über den deutschen Verkehr, die Verkehrsmittel und die Verkehrsüberbau geben soll. Die Reichsbahndirektion Karlsruhe beschäftigt zur Vorbereitung auf dieser Ausstellung einen Film herstellen zu lassen, der die Schönheiten unseres Badener Landes, seinen Handel und Wandel und die Möglichkeit genußreicher Stunden für den Fremden dem großen Kreise, der zweifellos die Münchener Ausstellung besucht, darstellen und zum Besuch anregen und einladen soll. Die Aufnahme, die in allernächster Zeit durch die Reichsbahndirektion veranlaßt wird, soll unter dem Motto „Von Rhein bis zum Bodensee“, die landschaftlich und industriell hervorragenden Punkte, wie sie sich dem Reisenden zeigen, erfassen und bezeugen schon jetzt bei den interessierten Kreisen, sowohl sie von der Ansicht Kenntnis erhalten, besonderer Beachtung. Es darf vorausgesetzt werden, daß bei der zu erwartenden großen Verkehrssteigerung des Films für den Reiseverkehr im Lande Baden die Aufnahme allerseits tatkräftig unterstützt wird.

Markt und Handel

*** Mannheimer Waimarkt.** Am 3., 4. und 5. Mai findet im städtischen Viehhof der Waimarkt statt. Der Markt ist in erster Linie ein Frühjahrs-Hauptmarkt für Pferde. Die Anmeldebücher sind schon im Gange. Von der Abhaltung eines Waidmarktes wird schon im Gange. Von der Abhaltung eines Waidmarktes wird schon im Gange. Von der Abhaltung eines Waidmarktes wird schon im Gange. Von der Abhaltung eines Waidmarktes wird schon im Gange.

Waidmarktsangelegenheiten
Waidmarktsangelegenheiten finden unter dieser Rubrik in der Regel keine Aufnahme, aber werden zum Besten der Leserschaft berücksichtigt.

Waidmarktsangelegenheiten
Waidmarktsangelegenheiten finden unter dieser Rubrik in der Regel keine Aufnahme, aber werden zum Besten der Leserschaft berücksichtigt.

Waidmarktsangelegenheiten
Waidmarktsangelegenheiten finden unter dieser Rubrik in der Regel keine Aufnahme, aber werden zum Besten der Leserschaft berücksichtigt.

Waidmarktsangelegenheiten
Waidmarktsangelegenheiten finden unter dieser Rubrik in der Regel keine Aufnahme, aber werden zum Besten der Leserschaft berücksichtigt.

Waidmarktsangelegenheiten
Waidmarktsangelegenheiten finden unter dieser Rubrik in der Regel keine Aufnahme, aber werden zum Besten der Leserschaft berücksichtigt.

Waidmarktsangelegenheiten
Waidmarktsangelegenheiten finden unter dieser Rubrik in der Regel keine Aufnahme, aber werden zum Besten der Leserschaft berücksichtigt.

Waidmarktsangelegenheiten
Waidmarktsangelegenheiten finden unter dieser Rubrik in der Regel keine Aufnahme, aber werden zum Besten der Leserschaft berücksichtigt.

Unterhaltung und Belehrung

Rain

Eine Erzählung aus dem großen Bauernkrieg von Bruno Schönfelder

(Fortsetzung)

Zu ungefähr der gleichen Stunde sah der Prior vom Fenster seiner Zelle in düstere Gedanken versunken nach der brennenden und qualmenden Burg. Nun war die Ungewissheit vorüber und das Ende der Feste besiegelt. Wie würde er sie wiedersehen, sie, die stolze Kaiserburg, die bisher immer so vertraut herübergegrüßt hatte, die ihm stets als das Wahrzeichen weltlicher und geistlicher Mächte erschienen war. Nur geschwärtzte und ausgebrannte Mauern, die allmählich vergingen, würden stehen bleiben zur Erinnerung an eine auf immer vergangene ruhmreiche Zeit. Der kaiserliche Stammhof, der jahrhundertlang allen Gewalten getrotzt und für die Ewigkeit errichtet zu sein schien, war, ein Bild irdischer Ohnmacht, in einer kurzen Nacht zu einem jener vielen Steinhaufen geworden, deren es im Schwabenlande bald Mengen geben würde. Schmerzlich und trübe waren die Gedanken, von denen der Greis nicht mehr los kommen konnte; die Trauer überwältigte ihn, so daß er darüber des Klosters trostlose Lage auf kurze Zeit vergaß.

Christoph von Hauken ist sicher nicht der einzige gewesen, der in jener Nacht nach dem Kaiserberge blickte, sondern Tausende werden es gleich ihm getan haben, mit ehrfürchtigem Schauer den Gang der Weltgeschichte abmessen. Mit ängstlicher Neugierde betrachteten auch die Bewohner Adelsbergs, vom ältesten bis zum jüngsten, den Brand und sein schnelles Fortschreiten. Keiner von ihnen konnte begreifen, daß die Burg so bald von den Bauern genommen worden war, und alle fühlten sich äußerst bedrückt bei dem Gedanken, wie wehrlos erst das Kloster sein müsse, wenn ein so stolzes Felsenneß nur so geringe Zeit standhielt. Niemand dachte mehr an Ruhe, alle sahen hinüber, wo der geträufelte Brand die festen Mauern vernichtete, und jeden schreckte der Gedanke an die eigene unsichere Zukunft.

Als der Morgen die Nacht ablöste, ließ der Prior die Brüder zu sich kommen und besprach nochmals mit ihnen, was am besten zum Schutz vor einer Ueberrumpelung zu tun sei, wobei er seine Befürchtungen nicht verschwiegen. Er empfahl jedem erneut größte Aufmerksamkeit, weil nur rechtzeitig und geschickt geführte Verhandlungen das Schlimmste verhindern könnten. Darauf entließ er sie mit Ausnahme von Bruder Gottfried, um sich diesem gegenüber nach seiner Gewohnheit auszusprechen.

„Nun ist das Schicksal des Klosters entschieden“, begann er trüben Sinnes, „es wird dem Hohenstaufen folgen und gleich ihm, wie die Bauern sagen, gen Himmel geschickt werden. Nicht drei Tage mehr, wahrhaftig heute schon, sonst morgen wird von dem Kloster weiter nichts als ein Haufen Steine übrig sein. Vielleicht bleibt eine der Kapellen verschont, alles andere dagegen, Kreuztal, Siechenhaus, Abtei, Gasthaus, Schmiede, Badhaus, die Scheuern, die Stallungen werden bis auf einige Trümmer verbrannt sein. Das Ende des Klosters vom heiligen Ulrich steht vor der Tür, er müßte denn die Bauern, wie einst die Ungarn am Lech, vernichten.“

„Ehrwürdiger Vater, warum so hoffnungslos? Zwar ist die Burg abgetan, aber gerade deshalb glaube ich, daß der rauhen uns nicht mehr heimlich, sondern, da nun die Straße frei ist, nach Göppingen und weiter nach der Alb zu vorstoßen wird, wo sich die Bauern versammeln wollen. Ich halte uns gesicherter als zuvor, weil unser Kloster nun noch weiter abwärts des Weges liegt.“

„Abwärts des Weges nennst du die paar Stunden! Was sind sie für einen heutzutagesternen Gewaltthäuser? Ein Spaziergang, ein Rahensprung! Sie kommen, es sei denn, daß irgendwo bessere Leute laßt oder sie eiligst anderswo gebräutet werden. Gehe Gott, daß du recht behältst; aber für mich ist es keine Ahnung, sondern Gewißheit, daß unser Kloster der Staufenburg folgen wird. Glaube mir, es kommt ein Ende mit Schreden: die Gaildorfer schaffen nur allzugründlich! Trotzdem dürfen wir nicht verzagen!“

„Verbannt doch die düsteren Gedanken! Die letzten Tage der Ungewissheit haben Euch zu sehr angestrengt, Euer Geist und Körper verlangen nach Ruhe; Ihr seid müde und abgepannt, drum sehet Ihr so schwarz! Ruhet ein paar Stunden, und Ihr werdet alles in freundlicherem Lichte sehen. Laßt mich für Euch wachen. Ich bleibe auf und benachrichtige Euch, so etwas Wichtiges vorfällt.“

„Gewiß bin ich übermüdet und mit meinen Kräften zu Ende. Ich werde auch schlafen, denn jetzt ist noch keine Gefahr vorhanden. Die Bauern haben auf dem Hohenstaufen noch genug zu tun, und selbst wenn sie es heute auf uns abgesehen hätten, wird es noch Stunden dauern, bis sie überhaupt kommen können. Ich lege mich deshalb ruhig nieder, bitte dich aber, mich bei Gefahr sofort zu wecken.“

Bruder Gottfried versprach es und verließ den Prior, der bald darauf in traumlosen Schlaf seinen schweren Gedanken und den Ereignissen der Nacht entrikt war. Gottfried aber stieg zum Torwart hinauf, um dort Wache zu halten.

Ein schöner Tag stand in Aussicht. Von den Gemütern, die einige Tage lang so stark aufgeregten waren, daß die Bauern vor ihnen Schuß in Stuttgart geschickt und es auf diese Weise besetzt hatten, war die Luft gereinigt, klar und dunkelblau erschien der Himmel, kein Wölkchen war zu sehen. Hinter dem Rosenstein ging die Sonne leuchtend auf und verklärte bald die ganze Landschaft mit ihrem Schein, die Fenster des Klosters glühten in feurigem Rot, als ob die Befürchtung des Priors schon in Erfüllung gegangen sei. Das Leben erwachte. In

den Büschen und Hecken ließen die Vögel ihre Stimmen hören, und auf den Feldern schlangen sich die Vögel jubelnd in die Luft. Im Klosterhof wurde es auch lebendig, und bald ging jedermann seiner Beschäftigung nach. Das Vieh verlangte nach Futter, in der Pfistererei zeigte der Rauch an, daß neues Brot gebacken wurde; und Bruder Oswald war im Garten beschäftigt, Kräuter für die Küche zu schneiden, weil sie früh morgens am gesündesten und schmackhaftesten sein sollen. Überall ein Bild des Friedens, nichts gemahnte an die Gefahr, die in den Tälern lauerte und nach den Höhen zuckte, nichts deutete auf den Bruderkrieg des Volkes und auf die Verwüstung des Landes. Nur das Bild der noch brennenden und rauchenden Trümmer der Kaiserburg, durch die Morgensonne etwas gemildert, war gleichsam ein Bote jener feindseligen Welt, die all die Frühlingschönheit Lügen strafte.

Die Kühe des Morgens verlor sich. Die Sonne stieg höher und höher und erfrachte durch ihre wärmenden, wohlthuenden Strahlen. Da ging plötzlich eine Welle der Unruhe durch die arbeitenden Leute bei Hundsholz. Von seinem Plage aus sah Bruder Gottfried, daß die auf den Feldern befindlichen Leute einander zuriefen und daraufhin nach dem Dorf eilten. Mehr konnte er nicht erkennen, weil die Kaiserlinden den Dorfeingang verdeckten, aber sicher war etwas Besonderes im Anzuge. Auch an anderen Stellen mußte der Grund zur Beunruhigung bemerkt worden sein, denn schon eilten die auf den Feldern befindlichen Klosterleute nach dem schützenden Tor, das hinter ihnen geschlossen wurde. Nun blies der Torwart die Kante an, auch die anderen machten sich empfangsbereit, und alle spähten nach Hundsholz hinüber, von dort ihr und des Klosters Geschick erwartend. Eine Reiterkavallerie kam aus dem Dorf und ritt dem Kloster zu. Daß einige Männer des Reitens nicht sonderlich kundig waren, sahen die Klosterleute auf den ersten Blick, auch trugen verschiedene häuerliche Kleidung. Es müßten Hauptleute eines Bauernhaufens sein, der dem Kloster einen Besuch abstatten wollte. Deshalb schickte Gottfried nach dem Prior. Waren es Freunde oder Feinde? Augenblicke höchster Spannung und größter Erwartung folgten. Prior Christoph kam gerade ans Tor, als sich die Schaar in Trab setzte. Er ließ nun auch die Notspforte schließen, denn sicherlich wollte sie das Kloster überrumpeln und nicht auf das Fußvolk warten, das jetzt aus dem Dorf hervorkam.

Die Unkommenden wollten sehen, daß die Leute vom Kloster auf ihrer Hut seien. Darum ließ der Torwart, kaum daß sich jene auf Aufweite genähert hatten, ins Horn und erhob seinen irdischen Ruf. Die Reiter schrien sich aber nicht daran, sondern ritten bis vor das Tor und riefen: „Machet auf dem „hellen christlichen“ Hauken!“ Wo war es doch der Vorrat irgendeiner Brüderlichkeit, die hoffentlich nicht so deutegierig wie die Gaildorfer war.

(Fortsetzung folgt.)

Dem Gedächtnis von Moses Hef

Zum fünfzigsten Todestage

Vor fünfzig Jahren, am 6. April 1875, schloß Moses Hef in Paris sich immer die müde gewordenen Augen, die ein halbes Jahrhundert lang für die heilige Sache des Sozialismus geleuchtet hatten.



Einige Tage später wurde er von einem ansehnlichen Streik seiner Mitkämpfer auf dem jüdischen Friedhofe zu S. S. Deu h zu Grabe getragen. Deutsche, französische, polnische Sozialisten hörten die Abschiedsworte Paul Mertens: „100 000 deutsche Arbeiter trauern an Taufenden von Bergen. Auferstehen dich unsterblich gemacht in Taufenden von Bergen. Auferstehen wirst du, so oft ein hübschender Proletarier zu deiner Idee flüchtet, der du durch Wort und Tat Leben verleihest.“ Karl Strich, der Herausgeber der „Blumen und Sprüche“, legte auf den Sarg einen Strauß roter Blumen und sprach: „Nicht ist die Liebe. Der Bruderliebe die menschliche Gesellschaft zuzuführen, war sein Bestreben.“ August Bebel stand in der vorderen Reihe der Trauerbegräbnisse und nahm Abschied von einem Manne, der in der Frühzeit der sozialistischen Arbeiterbewegung Fackeln entzündet und Waffen des Geistes geschmiedet hatte.

Sein Andenken zu feiern, ist nicht nur eine Ehrenschuld der deutschen Sozialdemokratie. Moses Hef war eine eigenartige Gestalt unter den ersten sozialistischen Vorläufern des 19.

Jahrhunderts und eine so vielseitig von den revolutionären Energien des Vormärzes durchdrungener Kopf, daß sein Gedächtnis weit über den Kreis der Partei lebendig bleiben muß. Er wurde am 21. Januar 1825 als Sohn eines wohlhabenden jüdischen Kaufmanns in Bonn geboren. Bereits als achtzehnjähriger Sommer Student kam er in den Strudel philosophisch-revolutionärer Ideen, die von einer leidenschaftlichen sozialen Humanität getragen wurden. Seine ersten Schriften — schon 1847 erschien ein umfangreiches Werk „Die heilige Geschichte der Menschheit“ — betrieten eine tiefe Neigung zu metaphysischen Betrachtungen der Menschheits- und Weltentwicklung, die in der Prophezie einer sozialistischen Harmonie mündeten. Neben der schriftstellerischen Tätigkeit begann ein unstilltes Wanderleben. Bald ist Hef in Paris, bald in London und in Berlin, von Verfolgung und Ausweisung gehetzt, und bald ist er in Verbindung mit den führenden sozialistischen Vorkämpfern. Er gewann den tiefen Glauben an die rettende Heiligkeit der deutschen Philosophie; Ludwig Feuerbach wurde sein Lehrer zur „Liebe“. In Berlin trifft er mit dem um sechs Jahre jüngeren Karl Marx zusammen, und als dieser 1842 die Chefredaktion der „Rheinischen Zeitung“ in Köln übernimmt, überträgt er Hef die französischen Korrespondenzen, der in das großbürgerliche Blatt die ersten Arbeiten mit sozialistischer Tendenz hineinschmuggelte. Er wird Mitarbeiter einer ganzen Anzahl revolutionär-republikanischer Blätter und kommt in Verbindung mit Wilhelm Weitling, ganz „Revolutionär der Tat“, ohne dessen Gleichheitskommunismus zu übersehen. In Brüssel, dem damaligen Zentrum des internationalen Sozialismus, trifft er Marx und seinen Freundeskreis. 1845 gab er den „Gesellschafts-Spiegel“, Organ zur Vertretung der bedürftigen Volksklassen und zur Beleuchtung der gesellschaftlichen Zustände der Gegenwart“, heraus, der in Elberfeld erschien, und für den Marx und Engels zahlreiche Beiträge lieferten. Hef wagte hier eine soziale Kritik von einer damals unerhörten Schärfe. Langsam wurde er von der Philosophie zur „Deonomie“ hingelenkt. Er focht gegen Stirners „Anarchismus“, geriet aber auch allmählich in einen gewissen Gegensatz zu Marx und Engels, denen er zu „Illusionistisch“ war.

Alle die Jahre hindurch führte er das Leben des unstillen revolutionären Journalisten. Mit seiner Familie überwarf er sich vollends, als er seine Geliebte Sibilla Precht, heiratete. Er wurde Mitarbeiter der von Marx und Ruge herausgegebenen „Deutsch-französischen Jahrbücher“, bis er wiederum nach Brüssel flüchten mußte. 1849 nahm er mit Engels, Bebel und Liebknecht am badischen Aufstand teil und wird so in contumaciam zum Tode verurteilt. 1860 durfte er wieder nach Deutschland zurück, wo er in Verbindung mit Lassalle trat. Mit Feuerbach diente Hef dem jungen Arbeiterverein durch Wort und Schrift und überzeugte sich immer tiefer und klarer zur praktischen Politik im Dienste der Emancipation der Arbeiterklasse. Als nach dem Tode des Führers die Lassallianischen Vereine zerbröckelten, ging Hef zu der von Marx gegründeten Internationale über.

Bis zu seinem Tode lebte er in Paris als eifriger Mitarbeiter des „Sozialdemokrat“ und des „Vollstaats“. Als Liebknecht, Bebel und Hefner vom 11. bis 16. März in dem berühmten Hombergerprozeß vor dem Reichsgericht zu Leipzig standen, da hielt ihnen der Ankläger immer wieder als Schuldweis die Studie von Moses Hef: „Die soziale Revolution“ entgegen, die 1870 im „Vollstaats“ erschienen war. Zu dieser Schrift wandte er sich — wie aktuell ist sie noch heute! — gegen die spießbürgerliche Propaganda gewaltthätiger Wirtschaftsänderung: „Nur solche soziale Reformen, die sich unmittelbar an die gegebenen Zustände anschließen, und die, weit entfernt, für freie Fortentwicklung zu hemmen, für diese notwendig sind, können zum definitiven Siege gelangen und haben keine Reaktion zu befürchten.“ Aus dem weltanschaulichen Philosophen war längst ein praktischer Kämpfer geworden. Nicht mehr rief er den Gerechtigkeitskain der Herrschenden an. Den Weg zur wirtschaftlichen Befreiung der Arbeitenden sah er geöffnet durch die politische Macht.

Die ganze Geschichte des Radikalismus im vergangenen Jahrhundert spiegelt sich in Moses Hef. Er hatte bei ihm seine besondere charakteristische Note. Arnold Ruge nannte ihn einmal „jüdisch-kommunistenrabbi“, womit er auf gewisse Eigenarten seiner geistigen Verfassung, vor allem aber auf seine bewusste Hinneigung zum traditionellen Judentum, ja zu einem starken jüdischen Nationalbewußtsein anspielte. Seine revolutionäre Schriftenreihe unterbrach Hef mehr als einmal mit schriftstellerischen Bekenntnissen zu seinem jüdischen Volkstum, verbunden mit weitreichenden Reformgedanken, die in der späteren „Zionismus“ aufgegriffenen Forderungen: „nach Palästina!“ gipfelten. Auch seine zahlreichen naturwissenschaftlichen Arbeiten und ihre Anregungen werden von der modernen theoretischen Physik als sehr beachtenswert anerkannt.

Gewiß war Moses Hef keine genialische Natur. Aber durch sein Denken und Wirken ging die „Liebe“ zu den Armen und Unterdrückten. In ihm glühte ein ethischer Prophetismus, ein Glaube an die Befreiung der Menschheit in der Zukunft, die alle genannt, die mit ihm verbunden waren. Der deutschen Arbeiterklasse bleibt das Andenken eines Mannes teuer, der ihr sein Bestes und Bestes gab: ein Leben voller Entbehrungen, um mit ihr als Greis wie als Jüngling in Reich und Götter zu marschieren.

Die Pöliner Sozialdemokratie versammelt sich am Gedächtnistage von Moses Hef zu einer großen Kundgebung an seiner Grabstätte.

Zweiter Tanz-Abend Olga Mertens-Leger

Der Umstand, daß sich beim Abschieds-Tanz-Abend von Frau Mertens-Leger das Bedürfnis geltend machte, eine Wiederholung zu veranstalten, dürfte der beste Beweis für die Wertschätzung der einheimischen Künstlerin sein. Der Verein Volksbühne Karlsruhe hat die Gelegenheit ergriffen, um sich dieses Bedürfnisses anzunehmen und hat als Sonderveranstaltung eine Wiederholung des Tanzabends am Mittwoch, 1. April, angesetzt, dem wiederum ein voller Erfolg beschieden war. Der Saal des Konzerthauses war bis auf den letzten Platz besetzt und wie der Direktor der Volksbühne, Hans Blum in der Einführung erwähnte, sogar überausverkauft, sobald ein weiterer Abend demnächst veranstaltet wird, für den bereits viele Plätze schon gekauft sind.

Die Absichten und Erfolge der Mertens-Legerischen Schule haben wir bereits in der Besprechung des ersten Abends gewürdigt. Sodas wir heute darauf nicht zurückkommen brauchen, um nicht schon Geistes zu wiederholen. Auch am Wiederholungsabend zeigte sich die Schule sowohl, wie auch die übertragende Meisterschaft von Frau Mertens-Leger selbst im besten Lichte. Die einzelnen Nummern erzielten großen, zum Teil frenetischen Beifall. Möge auch dem weiter in Aussicht stehenden Abend ein solcher Erfolg beschieden sein.

Karlsruher Chronik

Karlsruhe, 6. April

Geschichtskalender

6. April. 1528 Albrecht Dürer in Nürnberg. — 1875 1. Der sozialistische Schriftsteller W. Gey. — 1924 Landtagswahl in Bayern und Reichstagswahl in Italien.

Wenn unser Blatt in fremde Hände kommt

Im Briefkasten des bürgerlichen Wählers steckt eine nicht bestellte Zeitung. Eine sozialdemokratische. Unserer! Die ein besonders kluger und pfiffiger Genosse, nachdem er sie gelesen, aus wohlwollendem Mitleid mit dem lieben Nächsten dort hineinpraktiziert hatte. Mit der übrigen Post wandert das Blatt ins Wohnzimmer, wo sich in den Abendstunden die Familie zum Abendbrot und zur Zeitungsestire vereint. Wo kommt denn das vermaledeite Blatt her? poltert das Familienoberhaupt, das gerade über gelautet ist, weil der berufliche Vorgesetzte heute seinen stiftigen Tag gehabt und seine Untergebenen kaffiniert hatte und weil der sparame Ehefrau das augere Haushaltsgeld wieder einmal vorzeitig entzogen worden war. „Diese Zeitung soll mir nicht ins Haus. Wir sind national. Das sind wir unserem Stande schuldig.“ Dabei aber nimmt er unsere Zeitung in die Hand und überfliegt die Überschriften. „Solch eine Niedertracht.“ Die Frau setzt vor Schreck die erhobene Leetasse nieder, denn sie erwartet ein politisches Donnerwetter. Aber ihr Ehemann lieft mit geboantem Interesse weiter, nur hin und wieder brummt er: „Kein Geld für die Beamten. Aber Vermögen an Aufwandsentschädigungen und Sonderzulagen für die hohen Vorgesetzten! Da soll man nicht aus der Haut fahren. Recht haben sie, die das schreiben! Tausendmal recht!“

Nun wendet er das Blatt um: „Auch der Tabak soll teurer werden, daß sich ein armer Beamter kaum noch eine Pfeife oder eine Zigarette leisten kann. Diese Vandalen! Er steht auf und wandert durchs Zimmer. Nun wagt sich seine Frau an die Zeitung heran und lieft. Nach einer Weile meint sie: „Siehst du nun, daß das alles Schwindel war, was über die Aufwertung in der nationalen Versammlung gesprochen wurde. Und hier: da steht, daß das Wohl und der Jucker wieder teurer geworden sind. Geh nur selbst in die Geschäfte und kaufe ein. Mir machst du Borkwürfe, wenn ich mit dem Haushaltsgeld nicht auskomme. Warum lesen denn wir, die wir so viele Sorgen haben, eine solche Zeitung nicht, die das schreibt, was wirklich ist?“

Wir lassen die Eheleute allein! Wo immer aber unsere sozialdemokratische Zeitung durch die Vermittlung unserer Leser zu Familien gelangt, die seither nur bürgerliche Blätter lasen, obwohl auch bei diesen Familien die Sorge aus- und eingeht, dort ruft unser Blatt die Kritik wach, dort veranlaßt es Vergleiche mit dem Textinhalt der bürgerlichen Presse, dort bringt es als ein Votum der Wahrheit und der Auffklärung ein.

Der Schöffe in der Republik

Als nach der Revolution die Nationalversammlung gewählt wurde, um eine neue Verfassung zu schaffen, wurde auch bestimmt, daß als Schöffen und Geschworene alle Kreise der Bevölkerung zugelassen werden müssen. Unter der Zeit des Kaiserreichs von Gottes Gnaden war das anders. Der Kaiser war die bestellende Krone des Privileg, als Schöffe oder Geschworener gewählt zu werden. Kein Wunder war es darum, daß in der Vorkriegszeit oft Kreise von den sogenannten „Kollorkern“ aufstehen kamen, die dem Rechtsempfinden des Volkes direkt ins Gesicht schlugen. Verleumdung und Mißtrauen des Volkes gegen die Justiz waren die Folge. Der einfache Mann konnte die Empfindung nicht loswerden, daß die Juristen in Theorie und starren Formalismus eingeeignet waren. Jahrzehntelange sozialdemokratische Arbeit hat eine Aenderung geschaffen. Die Arbeiter sollen an der Rechtsprechung mitwirken, selbst Frauen nicht man jetzt als Richter. Wenn die Gummigeistige „Justizordnung“, die bereits geschaffenen Erfolge der Sozialdemokratie wieder etwas gemindert hat, so bedeutet das für die Sozialdemokratie nur, das Verlorene wiederzugewinnen.

Der Schöffe, der heute als Richter berufen wird, ist ein Teil des Gerichts und darf auf keinen Fall eine willkürliche Verfügung in der Hand des Berufsrichters sein. Er hat die Aufgabe, Recht zu sprechen nach seinem Empfinden, und zwar im Sinne einer gesunden, zeitgemäßen Lebensauffassung. Er muß vor allem den Lauf der Verhandlung genau verfolgen. Es kommt bei der Beratung sehr oft darauf an, was der Angeklagte gesagt hat. Der Schöffe und Geschworene muß sich stets darüber klar sein, daß er über das Schicksal eines Menschen zu entscheiden hat. Von seinem Urteil hängt es ab, ob der Angeklagte zukünftig als unbeschuldig oder als bestraffter Mensch gilt. Um genaue Klarheit über den zur Beurteilung stehenden Fall zu bekommen, kann jeder Schöffe durch den Vorsitzenden an Zeugen und Angeklagten Fragen stellen lassen. Vor allem muß er darauf dringen, daß das Vorleben des Angeklagten klargestellt wird. Für die Motive, die zu der Straftat führten, ist das sehr wichtig.

Während der Beratung hat der Schöffe daselbe Recht wie der Berufsrichter. Seine Stimme gilt ebensoviel wie die des Richters. Und bei dem einfachen Schöffengericht können die beiden Schöffen den Berufsrichter überstimmen, wenn sie anderer Meinung über die Beurteilung der Straftat sind. Besonders wichtig ist die aktive Mitwirkung der Schöffen, wenn es gilt, dem Angeklagten mildernde Umstände zuzubilligen. Zucht haus oder Gefängnis? Ist nicht selten dabei die Frage. Der Schöffe hat die Pflicht, genau zu prüfen, ob der Angeklagte aus verbrecherischer Neigung oder aus anderen Motiven zu der Straftat gekommen ist. Zusage Weisung soll man unbedingt vor dem Zuchthaus beibringen. Auch von dem Richter darf man in dem Angeklagten schon den Täter sehen! Nur das Ergebnis der Verhandlung kann zur Beurteilung der Sachlage herangezogen werden.

Wenn in diesem Sinne Schöffen und Geschworene an den Gerichten mitwirken, dann wird auch bald die Zeit aufhören, wo Recht zu Unrecht wird. Daran mitzuwirken, ist Pflicht aller rechtlich denkenden Menschen.

Circus Krone

heißt die Sensation mit der Karlsruhe für die Osterferien überrascht werden soll. Herr Schmidt, der Propagandaleiter dieses Riesenunternehmens, besuchte uns am Samstag in unserer Redaktion und zeigte uns einige Unterlagen, welche vorläufig den Umfang des Unternehmens nur ahnen lassen. Krone soll das größte Circusunternehmen ganz Europas sein und bis her noch nie dagewesene Darbietungen bringen. Der Tierpark, der 500 exotische Tiere aufweist, besitzt eine seltene Vielseitigkeit und enthält u. a. 30 Elefanten, 26 Löwen, 32 Tiger, 12 See- Löwen, 12 Zebras, Kamele, Kanarische, Hochflügel, Affen,

Niesenschlangen und einen so stattlichen Bestand von 200 Pferden, 3 riesige Eisenbahnzüge werden die 180 eigenen Transportwagen, Lokomotiven, Traktoren und Maschinen heranzubringen und mit seinen 1000 Leuten auf dem Wehplatz wird Krone eine kleine Stadt entstehen lassen. Das riesige Zuschauergepäck, das 84 m lang und 51 m breit ist, fast zehntausend Personen. Das Circusprogramm ist von einer noch nie gesehenen Vielseitigkeit und Reichhaltigkeit und bringt in jeder Vorstellung 100 der allerbesten artistischen Leistungen in drei Manövern zu gleicher Zeit. Wagenrennen und Kampfsportspiele hat; Krone hat sich extra aus Amerika eine echte Stour-Indianertruppe kommen lassen. Das Gastspiel des Circus Krone dauert nur 6 Tage vom 11.—18. April. Herr Schmidt beabsichtigt sich von uns im Namen des Directors Krone mit den wenigen Worten: „Sie werden eine Meisterleistung deutschen Fleißes und deutschen Wiederaufbaugesistes zu sehen bekommen.“

Parteierversammlung — Laffalle-Feier

Am Mittwoch, 8. April, abends 8 Uhr, findet im oberen Saal des „Reichshofes“ eine wichtige Parteierversammlung statt. Auf der Tagesordnung steht ein Vortrag des Gen. Reichshofs, Schöpflin über

„Der Aufmarsch zur Reichspräsidentenwahl“

Dem Vortrage voraus geht ein schillerter Gedentakt für Laffalle bei dem Gen. Regierungsrat Dr. Lehmann die Gedentakte halten wird.

Die Parteigenossen und Genossinnen werden gebeten, sich recht zahlreich einzufinden.

Zur Betämpfung der Schnatenplage

schreibt uns der Karlsruher Hausfrauenbund: Durch das Wippen der Kellerwände werden nur die Schnaten vertilgt, die frei an den Wänden und Fenstern herumfliegen, während die hinter Kisten und Kästen versteckten Tiere unbeschädigt bleiben. Diese jechen bei der jetzt eingetretenen warmen Witterung ins Freie. Besonders gegen abend sitzen sie zu Hunderten an den Kellerfenstern, wo sie mit Leichtigkeit mit einem netzen Tuch geodet werden können. Da die Nachkommenschaft jeder einzelnen Schnate bis zum Herbst etwa 800 000 Stück betragen kann, ist die Zöhung jedes einzelnen Tieres von Wichtigkeit. Wir bitten deshalb, die Kellerfenster nachmittags geschlossen zu halten und gegen Sonnenuntergang, die besonders an den Süd- und Westfenstern stehenden Schnaten zu töten. Die Arbeit ist in 5 Minuten geschehen. So viel Zeit sollte jede Hausfrau zum allgemeinen Besten erbringen.

Reichsbanner
Schwarz-Rot-Gold
Besitz Weststadt, Dienstag den 7. April, abends 8 Uhr, im Lokal „Unter den Linden“, Ecke Kaiserallee und Vorstraße, Bezirksversammlung.

50jähriges Jubiläum

Man schreibt uns: Der Schriftleiter Rudolf Fr. Eisele konnte am 23. März in geistlicher und körperlicher Frische sein 50jähriges Jubiläum feiern. Der Buchbrudergesangsverein „Evangelium“ erfreute den Jubilar am Abend mit einem wohlwollenden Gedächtnisfest. Der letzte Chef der Karlsruher Druckerei, Herr S. G. A. G. H. in dessen Betrieb der Jubilar 47 Jahre tätig ist, hatte das Gesamtpersonal aus diesem Anlaß am Samstag abend den 28. März in den roten Saal des Stadtgarten-Kasinos einladen, wo er in markigen Worten die Verdienste des Jubilars hervorhob und ihm ein handgeschriebenes Gedächtnisbuch mit einem größeren Geldbetrag überreichte. Von seinen Mitarbeiter überreichte der Betriebsobmann einen Frühlingskorb. Möge dem Jubilar noch ein sonntiger Lebensabend beschieden sein.

Der Sängerbund „Vorwärts“ Karlsruhe veranstaltet

auch in diesem Jahre, und zwar am 14. Juni, wieder ein großes Abendfest im Vorläufer Wald, dem ein Umzug durch die Südstadt voraus geht. Hierzu ist wieder die Beteiligung von Jedermann gestattet.

1) Allgemeiner Deutscher Installateur- und Spenglerverband

Vorbereitungen trifft der Verband der Blechner, Spengler und Installateurmeister Badens und der Pfalz, um anlässlich des 2. Allgemeinen deutschen Installateur- und Klempnerverbandes und der Hauptversammlung des Reichsverbandes im Installateur- und Klempnergewerbe E. V., welcher vom 18. bis 21. September 1925 in Karlsruhe abgehalten wird, den Veranlassungen einen würdigen Rahmen zu geben. Was die Allgemeinheit besonders interessiert, ist eine große Tagungsstellung auf einer gesamten Bodenfläche von 5000 Quadratmetern, die vom 19. bis zum 30. September dauert. Die Ausstellungsleitung hat jetzt schon Vorzüge getroffen, daß dem Laien wie dem Fachmann nicht nur Neuerungen gezeigt, sondern sogar im Bereiche vorgeführt werden. Mutterwerkstätten sollen errichtet werden, die „rationelles Arbeiten“ ermöglichen und das „Bauen“ verbilligen. Die Großindustrie wird mit lehrreichen Vorträgen und Industriestellen auftreten. Besonderer Wert wird darauf gelegt, der Allgemeinheit den Wert und die Bedeutung der Berufstätigkeit im Viedner- und Installationsgewerbe und die Aussicht in diesem Berufe zu zeigen. Da Stenografie und Gegenstände, die den höchsten Anforderungen der Technik nicht entsprechen, von der Ausstellung ausgeschlossen sind, darf heute schon damit gerechnet werden, daß die Ausstellung einen ungeheuren Besuch erfährt. Außer den Landes- und Provinzialverbänden Deutschlands werden auch ausländische Verbände den Verhandlungen beizumischen und die Ausstellung besuchen.

2) Konzerte des St. Johanner Sängerbundes Saarbrücken

Den Bemühungen des Saarvereins, Ortsgruppe Karlsruhe, gemeinsam mit dem Verkehrsverein und dem Männergesangsverein Niederkrantz ist es gelungen, den von dem vorjährigen Heimatstag bekannten St. Johanner Sängerbund Saarbrücken zu einem Konzert am 26. April, vormittags 11 1/2 Uhr, in der Festhalle zu verpflichten. Die saarländischen Sänger werden ein Schöner-Konzert geben. Alles Nähere geht aus den in nächster Zeit erscheinenden Anzeigen hervor. Es darf als sicher angenommen werden, daß unsere saarländischen Sängerbüder bei ihrem bekannten musikalischen Können einige genutzreiche Stunden besterhen.

Colosseum. Die Direktion gibt bekannt, daß die Vorstellung der Zauberschau Kabner abendfüllend ist und pünktlich um 8 Uhr beginnt. Die Reichhaltigkeit des Programms macht den pünktlichen Beginn erforderlich. Um unbeschämte Sitzungen beim Einnehmen der Plätze zu vermeiden, wird gebeten, sich rechtzeitig einzufinden zu wollen. Siehe die tägl.lichen Inserate.

Volksbühne. Im April bringt die Volksbühne für die letzten Mitglieder, die noch nicht im „Lumpaci Wagabundus“

waren, die erfolgreiche Vose als Vorstellung Nr. 8. Die übrigen Mitglieder werden in öffentlichen Vorstellungen des Landesbauers bester. Für Mai ist dann „Faust“ 2. Teil als geschlossene Vorstellung für alle Mitglieder vorgesehen.

Veranstaltungen des heutigen Tages

Landestheater: „Der arme Teiler“, 7—10 Uhr. Kleines Theater: „Windstärke 9“, „Feix als Geld“, „Würgburg“, die Hauptstadt des Frankenlandes“. Colosseum: Zauberschau Kabner, 8 Uhr. Palast-Theater: „Die Blumenfrau vom Bottdamerplatz“, „Welt-Kino“, „Die Zerkreiter“, „Dodo in Bagdad“. Uniontheater: „Die Karawane“. Gesellschaft für seitigen Aufbau: Vortrag über „Rensch und Arbeit“ in der Donbelskammer, 8 Uhr.

Genossenschaftsbewegung

Eine Bitte an die Mitglieder der Konsumvereine

Es steht wieder ein Fest vor der Tür und unsere Konsumvereine werden recht viel zu tun haben, um alle Wünsche der Mitglieder rechtzeitig zu erfüllen. Vor allem werden an die Konsumgenossenschaftsbüder erhöhte Anforderungen gestellt, doch werden auch die Verteilungsstellen mit einem besonderen Andrang zu rechnen haben. Der Konsumverein freut sich, wenn ihm seine Mitglieder recht rechtzeitig befristigen. Auch den Angehörten des Konsumvereins ist es lieb, wenn sie viel zu tun haben. Aber die Angehörten möchten eine Bitte an die Mitglieder richten: Wenn es die Umstände erlauben, möchten die Mitglieder sich mit ihren Einküfen ein wenig nach den nun einmal gegebenen Möglichkeiten richten. Der Andrang ist in den Verteilungsstellen Freitag und Samstag am größten. Das hängt mit der Lohnzahlung zusammen und läßt sich nicht ganz vermeiden. Es ist aber zu beobachten, daß der betriebl. Ansturm auf die Verteilungsstellen und deren Personal an den Nachmittagen der genannten Tage erfolgt. Kommt nun noch der außerordentliche Bedarf für ein Fest hinzu, mit dem die Mitglieder vorzugsweise ebenfalls am Freitag und Samstag nachmittags in die Verteilungsstellen kommen, so wächst das Arbeitsquantum für die Angehörten in unnatürlicher Weise. Dieser geforderten Arbeitsleistung sind die Angehörten beim besten Willen nicht gewachsen, das Tempo in dem die Mitglieder abgefordert werden, kann nicht millirlich beherrscht werden. Wenn jetzt die Mitglieder auf Abfertigung warten müssen, so hat die Geburtsunde für Unmut und Unzufriedenheit mit dem Konsumverein geschaffen.

Ist diese Unzufriedenheit berechtigt? Zweifellos nicht. Die Angehörten arbeiten nach ihren Kräften, Lagerhalter und Verteilungsstellen rennen, haften, eilen und oft muß viel Schwweiß vergossen werden. Würden die Mitglieder auch in den Morgenstunden kommen, würden jene Mitglieder, deren Verteilung es zulassen, die ersten Tage der Woche zu ihren Einküfen benutzen, so wäre die Quelle für die Unzufriedenheit über längere Warten verstopft. Warum nicht sich, den Angehörten und dem Konsumverein die ganze Unzufriedenheit leichter machen, wenn die Gelegenheit dazu so billig ist?

Die deutschen Konsumgenossenschaften im Jahre 1924

Der Zentralverband deutscher Konsumvereine hat, um nach der Zeit der Inflation, die alle Statistik merktlos machte, wieder einen Ueberblick über den Stand der Bewegung zu gewinnen, die Statistik der Konsumgenossenschaften aufgenommen, von denen alle Vereine ersticht wurden, die mehr als 400 Mitglieder hatten. Diefen gehören rund 3 400 000 Mitglieder an, während in den kleineren, die fast ein Drittel der Gesamtzahl ausmachen, nur rund 58 000 Mitglieder vereinigt sind. Die durch die Statistik betroffenen Vereine reichen also zur Beurteilung der Verhältnisse völlig aus.

Zwangswirtschaft und Inflation hatten am März der Konsumgenossenschaften gezeit, ihre Betriebsmittel vermindert und ihre Leistungsfähigkeit stark herabgedrückt. Während Hunderttausende von genossenschaftlichen Individuen ihnen um augenblicklicher Vorteile willen gegerichtet waren, standen weit mehr als Mitglieder, verdrängt durch gestiehrte unangenehme Erscheinungen, an denen die Genossenschaften ganz unschuldig waren, ab. Die Zufallsmitglieder kannten den Begriff „genossenschaftliche Treue“ nicht und verdrängten bei erster Gelegenheit wieder, bei allen Mitgliedern perlernten die gute Eigenschaft und wurden geschäftlich.

So war das Bild, das die Aufnahme für das erste Vierteljahr 1924 zeigt, ein recht wenig befriedigendes. In 736 Vereinen mit 3 335 949 Mitgliedern ergab sich nur ein Umsatz von 107 831 289 M. Das bedeutet je Mitglied nur 32,45 M. oder wöchentlich nur die lächerlich geringe Summe von nicht ganz 2,50 M. Das hätte zu den ersten Leistungen berechtigt, wenn nicht eben von der Mitgliederzahl große Mengen von „Konjunkturmitgliedern“ abgerechnet werden müßten.

Die Hoffnung, daß es jeh, planmäßiger Arbeit gelingen werde, allmählich wieder gefundene Zustände herbeizuführen, erwies sich als begründet. Im zweiten Vierteljahr stieg der Umsatz bei 3 295 919 Mitgliedern auf 126 331 253 M. oder 38,35 M. je Mitglied, im dritten Vierteljahr — den Sommermonaten, wo das Geschäft abflaut — bei 3 343 180 Mitgliedern auf 137 786 101 M. oder 41,20 M. je Mitglied, im letzten Vierteljahr bei 3 389 085 Mitgliedern auf 166 875 897 M. oder 49,24 M. je Mitglied. Der Umsatz je Mitglied erhöhte sich also im Laufe des Jahres um rund 50 Prozent.

Am Schlusse des Jahres wurde dann eine Statistik aufgenommen, die alle Vereine umfaßte. Der Zentralverband zählte insgesamt 1175 angehöhrte Genossenschaften, von denen 1086 berichteten. Diefen ergabten bei 3 442 218 Mitgliedern 548 741 184 M. Umsatz oder je Mitglied 159,32 M.

Das sind absolut hohe Zahlen; relativ sind sie aber durchaus ungenügend. Im Jahre 1913/14, dem letzten Vorkriegsjahre, wurden bei 1 717 519 Mitgliedern 492 080 519 M. Umsatz oder je Mitglied 287 M. erzielt, also — wenn man die heutigen höheren Preise in Betracht zieht, — mehr als doppelt soviel als im Jahre 1924.

Es ist also noch außerordentlich viel Arbeit zu leisten, wenn nur erst Verlorenes wiedergewonnen werden soll. Daß es an dem Willen und dem nötigen Eifer nicht fehlt, zeigt die im Jahre 1924 im Zentralverband einseitige Verarbeitung. Allein in 280 Genossenschaften wurden 5729 Veranstaltungen zu Werbezwecken getroffen, an denen sich 2 619 824 Personen, darunter 1 216 715 Frauen und 1 385 051 Kinder beteiligten — eine Leistung, wie sie bislang noch nie vollbracht wurde.

Hoffen wir, daß im neuen Jahre der Erfolg diese Bemühungen, die reiflos fortgesetzt werden, belohnen möge.

Kleine Nachrichten

Paris. Die Strafkammer verurteilt 16 Studenten welche am letzten Samstag während der Kundgebung gegen Prof. Zelle verhaftet worden waren, wegen Aufstörung und Ungehorsams gegen die Staatsgewalt. Ein Student erhielt sechs Tage Gefängnis ein anderer 15 Tage, beide mit Bewährungsfrist, die übrigen Angehörten erhielten Geldstrafen.

Karlsruher Polizeibericht vom 6. April

Ausspringen auf einen Straßenbahnwagen. Beim Aufspringen auf einen in der Fahrt befindlichen Straßenbahnwagen der Linie 4 glitt borgeföhrt mittig beim Marktplatz eine Frau aus und wurde eine Strecke weit mitgeschleift. Verletzt wurde sie nicht.

Schlägerei. In der Nacht vom Samstag auf Sonntag entstand in der Werderstraße nach vorausgegangenem Wortwechsel zwischen mehreren jungen Burchen Streit, wobei 2 der Teilnehmer vermutlich mit Schlagringen am Kopf verletzt wurden. Den Verletzten wurden Rotverbände auf der Polizeiwache angelegt.

Unfall. Eine ledige 18 Jahre alte Hilfsarbeiterin geriet gestern vormittag mit ihrem Fahrrad bei der Ausfahrt aus einem Hause in der Ruppurrerstraße vor einen Straßenbahnwagen der Linie 6 und wurde zu Boden geworfen. Der Führer des Straßenbahnwagen konnte den Wagen noch rechtzeitig zum Stehen bringen. Die Radfahrerinn hat Hautabschürfungen davongetragen und konnte den Weg ohne fremde Hilfe fortsetzen.

Vorkläufige Wettervorhersage der Badischen Landeswetterwarte

für Dienstag, 7. April: Teilweise heiter, höchstens einzelne Strichregen, mäßig warm, südliche Winde.

Letzte Nachrichten Großer sozialistischer Wahlsieg in Belgien

Brüssel, 6. April. (Eig. Funddienst.) Die Kammer wahlen vollzogen sich am Sonntag im ganzen Lande in aller Ruhe. Das um 3 Uhr nachts vorliegende Wahlergebnis weist sich immer mehr als ein großer sozialistischer Sieg aus. Jeder Wahlkreis zeigt ausnahmslos einen sehr starken sozialdemokratischen Stimmengewinn. In manchen Industriezweigen machen die sozialdemokratischen Stimmen 75 Prozent aus. Das Hauptmerkmal der Wahl ist neben dem allgemeinen sozialdemokratischen Sieg ein starkes Eindringen der Sozialisten in bisher von der sozialistischen Bewegung noch unberührte landwirtschaftliche Gebiete, namentlich in Flandern.

Aber auch in belgischen Städten wie Namur, Verviers, Tournai usw. Das genaue Ergebnis wird wegen der komplizierten Berechnung der Sitzverteilung und der Vorzugsstimmen erst frühestens am Dienstag vorliegen. Aber schon jetzt scheint ein sozialdemokratischer Gewinn von mindestens 6 Mandaten sicher zu sein. Nämlich eines, wenn nicht zwei Mandate in der Provinz Antwerpen, ein Mandat in Namur, eines in Hennegau, eines in Westflandern, vielleicht eines in Ostflandern, wahrscheinlich ein Mandat in Brabant, wo die Wähler von Eupen und Malmedy den sozialistischen Kandidaten Sommerhausen zum Siege verholfen zu haben scheinen und der liberale Kriegsminister Posthonne vermutlich durchfällt, und wahrscheinlich ein Mandat in der Provinz Brabant.

Die Liberalen haben große Verluste erlitten, mehrere ihrer bekanntesten Führer sind durchgefallen. Die Katholiken scheinen sich im allgemeinen zu behaupten, werden aber bestenfalls ein oder zwei Mandate gewinnen. Die Aufstrebungen der Kommunisten waren in 12 Wahlkreisen vergeblich. Im rein industriellen Bereich, sowie in Antwerpen haben sie kaum ein paar Hundert Stimmen erzielt. Nur in Lüttich haben sie fünfzig, ihren einzigen Kandidaten durchzubringen. Allerdings hätten die Sozialisten ohne das Eingreifen der Kommunisten noch etwa zwei bis drei Mandate erobert. Der sozialistische Sieg muß für die belgischen Verhältnisse als sehr bedeutend bezeichnet werden. Er wird die politische Lage zweifellos stark beeinflussen. Eine Regierungsbildung gegen die Sozialdemokratie wird äußerst schwierig sein.

Eine neue Kundgebung des republikanischen Kandidaten

Berlin, 6. April. (Eig. Funddienst.) Der Kandidat des Volksblocks, Marx, hat dem Berliner Vertreter der Wiener neuen freien Presse" erklärt, daß er als Reichspräsident die Po-

litik forschen werde, die er als Reichskanzler begonnen habe. Die Verhandlungen mit der Entente über die Räumung des besetzten Gebietes und über die Lösung des Sicherheitsproblems, die gegenwärtig geführt werden, werden weitergehen. Ferner sei der Beitritt Deutschlands zum Völkerbund ins Auge gefaßt, wenn er sich in einer für Deutschland würdigen und deutschen Interessen gerecht werdenden Weise vollziehen kann. Innenpolitisch sollen Gesetzgebung und Verwaltung von sozialem Geiste erfüllt sein. Als seinen höchsten Grundfah bezeichnet Marx die Toleranz. Er wird niemals Fortschritten im Schulwesen Hindernisse bereiten oder die Freiheit der wissenschaftlichen Forschungen beschränken lassen.

Zu Hindenburgs Ablehnung

Berlin, 6. April. (Eig. Funddienst.) Die Berliner "Montagspost" will wissen, daß die Verhandlungen einer Delegation des Reichsblocks mit Generalfeldmarschall von Hindenburg ein negatives Ergebnis gehabt haben. Hindenburg habe, obwohl der Delegation nationale Schlangenschöpfung im Hinblick auf die Annahme der Kandidatur hat, einen ablehnenden Bescheid erteilt. "Hindenburg hat mit dieser Weigerung," so schreibt das Blatt, "ein viel höheres Maß an Takt und Klugheit bewiesen, als die Mehrheit des Reichsblocks, die sich mit 9 gegen 3 Stimmen für seine Kandidatur ausgesprochen hatte."

Die Gewerkschaften bei Dr. Simons

Marmruz gegen die Steuer- und Wirtschaftspolitik des Reichsblocks

Berlin, 4. April. Der stellvertretende Reichspräsident Dr. Simons hat im Laufe des Freitags Vertreter der Christlichen, der Christlichen und der freien Gewerkschaften empfangen, um sich über die Stimmung innerhalb der Arbeitnehmerchaft zu informieren.

Bom DDBB waren Grafmann, Hermann Müller, Schlicht und Gert, vom IFA-Bund Kaufmänner erschienen. Einleitend gab Grafmann ein sehr deutliches Bild über die Stimmung in den Kreisen der Lohn- und Gehaltsempfänger. Wenn auch seit Einführung der festen Währung eine gewisse Entspannung eingetreten sei, so befänden sich doch selbst die in Arbeit stehenden Arbeitnehmer in einer sozialen Bedrängnis. In zahlreichen Industriezweigen entspreche die Kaufkraft des Lohnes nicht dem Vorkriegsstand. Schuld daran sei das Beharren der deutschen Industrie auf den aus der Inflationszeit geerbten Kalkulationsmethoden. Volkswirtschaftlich gesund und politisch klug sei es, auch den breiten Schichten Ersparnisse zu ermöglichen. Die Summe dieser Ersparnisse sei der Produktionsbehebung dienlicher. Dieser wünschenswerte Zustand ließe sich aber nur herbeiführen, wenn der Lohnbesetzung Einhalt geboten werde. Die Befassung der breiten Masse mit direkten Steuern sei um so unerträglich, als die Vermögenssteuer abgebaut werde. Hierzu trete die starke indirekte Belastung durch Umsatzsteuer und Zölle. Sie werde noch verschärft durch Lohnsteuerzuschläge. Obgleich die sozialen Lasten gemindert seien, führten verschiedene Erscheinungen der letzten Zeit zu dem Schluß, daß die Regierung dem Drängen der Unternehmer auf Abbau der Sozialpolitik keinen Widerstand entgegensetze.

Geselle Schlicht erläuterte eingehend, daß die Berichte der Unternehmer über die unerträgliche soziale Belastung der Produktion keineswegs den Tatsachen entsprächen. Er schilderte die volkswirtschaftliche Gefahr einer weiteren Mietssteigerung. Geselle Eggert behandelte den verhängnisvollen Einfluß der Inflation und der Landwirtschaft auf das Zustandekommen der Handelsverträge und schilderte die bedeutliche Auswirkung der internationalen Vertrauensan der Hand von Beispielen. Geselle Aufhäuser schilderte die Lage der Anstellten, die unter der Deflationseife besonders zu leiden haben, und begründete die beschleunigte Schaffung der Arbeitslosenversicherung. Die Lohnsteuer sei in den letzten Monaten automatisch immer weiter gestiegen. Eine Senkung der Lohnsteuer und die Heraushebung der Grenze für das steuerfreie Einkommen müsse sofort erfolgen. Die Schaffung des endgültigen Reichswirtschaftskrates müsse sofort erfolgen.

Das Handelsabkommen mit Deutschland

Berlin, 4. April. Das Handelsabkommen zwischen Deutschland und Belgien ist gestern unterzeichnet worden. Es basiert auf dem Grundged der gegenseitigen Wirtschaftsunterstützung, die für den Betrieb von Handel und Gewerbe, für die Einfuhr, Ausfuhr und Durchfuhr, für die Besteuerung und für den Eisenbahn- und Schiffsverkehr gilt. Die

Wirtschaftsunterstützungsgesetzungen gelten auch für das Verhältnis Deutschlands zur Kongokolonie und zu den belgischen Mandatsgebieten. Das Abkommen tritt erst nach der Ratifizierung in Kraft. Belgien hat sich die Ratifizierung vorbehalten, bis die deutsche Zolltarifnovelle in Kraft getreten ist. Bis dahin haben die beiden Vertragsparteien sich zugesichert, den gegenseitigen Handelsverkehr im Rahmen der bisherigen Bestimmungen möglichst zu erleichtern.

Ein neues schweres Grubenunglück

10 Todesopfer

Dortmund, 4. April. Das Oberbergamt teilt mit: Auf dem Schacht 7 der Zecheanlage Matthias Stinnes 1 und 2 bei Essen ist am 4. April morgens um Beginn der Seilfahrt der herabgehende, mit etwa 70 Mann vollbesetzte Förderkorb mit hoher Geschwindigkeit auf die 3 e h e n s o h l e a u f g e s t a u c h t worden. Von der Befahrung waren bis mittags 12 Uhr 63 Mann geborgen worden. Darunter sind zwei Tote und 46 Verletzte, die ins Krankenhaus geschafft werden mußten. 15 Mann haben sich nach Hause begeben können. Die noch lebenden Verunglückten befinden sich auf der unteren Etage des Korbes, die dort zusammengebrückt ist. An ihrer Veranna wird gearbeitet. Ein Bruch des Förderseiles hat nicht stattgefunden. Dagegen ist das untere Seil durch den Ansturz des hinabgehenden unbesetzten Korbes gegen die Seilseile gerissen und in den Schacht gestürzt. Die Ursache des Unglücks steht noch nicht fest. Der Schacht ist 650 Meter tief.

Essen, 6. April. Auf der Zeche Matthias Stinnes wurde gestern der Letzte Tote geborgen. Einschließlich der im Krankenhaus gestorbenen Schwerverletzten beträgt die Zahl der Toten 10. Die bergpolizeiliche Untersuchung beginnt heute.

Berurteilte Sakentrentzler

Nach einer Meldung des "Berliner Tageblattes" verurteilte das Strafburger Gericht drei jugendliche Angehörige einer rechtsradikalen Organisation die am heiligen Abend v. J. den jüdischen Handelsgehilfen Julius Simon zu Tode geprügelt hatten, zu Gefängnisstrafen von 1 bis 3 Jahren.

Entlarvter Kommunistschwindel

Es hat in den letzten Jahren kaum einen Wahlkampf gegeben, den die Kommunisten u. a. nicht unter Ausnutzung der verlogenen Schlagworte von den 7000 politischen Gefangenen geführt haben. Auch in dem hinter uns liegenden ersten Wahlgang für die Reichspräsidentenschaft haben sie mit allen Mitteln versucht, die Wählermassen durch die gekennzeichnete Lüge an sich zu faden. Im zweiten Wahlgang dürften sie ähnlich verfahren, wenn inzwischen nicht das Preussische Justizministerium über die tatsächliche Zahl der politischen Gefangenen Feststellungen gemacht hätte. Aus ihnen ergibt sich, daß nicht 7000, sondern nur 474 Gefangene wegen politischer Straftaten verurteilt worden sind und ausgenüßlich ihre Strafe verbüßen. Der kommunistische Schwindel dürfte jetzt also nicht mehr sieben.

Die polnischen Refrutenaushebungen

Warschau, 4. April. Gestern abend bewilligte der polnische Landtag mit bedeutender Mehrheit das Refrutentkontingent für das laufende Jahr. Danach beträgt die Anzahl der in diesem Jahre auszuhebenden Soldaten 170 000 Mann. Bei der Abkündigung fand eine längere Debatte statt, in der die Rede des sozialistischen Abgeordneten Wiewersmann zwecks bebingungsloser Eintritte für die Heresforderungen aufsehen erregt. Die Rede wurde von der rechten Seite des Hauses mit hitzerischer Begeisterung begrüßt.

Zum Unglück an der Weser

Minden, 6. April. Bei den gefrigen Bergungsarbeiten wurden weitere sechs Leichen der beim Weserübergang verunglückten Soldaten geborgen und zwar von der 14. Kompanie der Unterfeldwebel Heinrich Nehe aus Bad Salzuflen, der Schütze Arthur Hoppe aus Kottb., der Unteroffizier Paul Fischer aus Salzuflen; von der 16. Kompanie der Schütze Heinrich Lübbe aus Billebeck (Nille), der Schütze Rudolf Terhardt aus Marina bei Magdeba in Thüringen und der Schütze Wilhelm Duda aus Dorstenfcher. Im ganzen wurden bisher 87 Leichen geborgen.

Japans maritime Rüstungen

Tokio, 4. April. Amtlich wird bekanntgegeben, daß 22 Kriegsschiffe mit insgesamt 124 000 Tonnen auf Stapel gelegt werden, darunter acht Kreuzer 1. Klasse, drei Kreuzer 2. Klasse, 10 Torpedobootzerföhrer und ein Flugzeugmutterfchiff.

Advertisement for Sülla and Güssrahmbutter. Text: Viel Geld sparen Sie beim Verwenden von Sülla. Ein ausgezeichnetes süddeutsches Produkt. Includes an image of a woman holding a Sülla product.

Advertisement for Badisches Landestheater. Text: Badisches Landestheater Montag, den 6. April D 20, Th.-Gem. 3701-4000. Der arme Bettler. Includes a list of cast members.

Advertisement for Drei Glocken Macaroni. Text: Hier bringe ich das Allerbeste. Diese deutsche Qualitätsmarke. Includes an image of a man holding a bowl and a box of Drei Glocken Macaroni.

Bei Ihren Eintäufen berücksichtigen Sie die Inserents. dieser Zeitung. Drucknamen allerorts liefert Buchdruck, Goldschmied

Amthliche Bekanntmachungen

Karlsruhe. Handelsregister-Einträge: 1. Mittelbädische Feinzerremit Karlsruhe. Gebrüder Seibert, Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Karlsruhe. Gegenstand des Unternehmens: Fabrikation keramischer Kunstgegenstände aller Art und deren Vertrieb.

Die Bekämpfung der Maul- und Klauenseuche betr. Die Maul- und Klauenseuche in Leopoldshafen ist erloschen. Die angeordneten Maßnahmen wurden aufgehoben.

Die Bekämpfung der Maul- und Klauenseuche betr. Die Maul- und Klauenseuche in Hagelseld ist erloschen. Die angeordneten Maßnahmen wurden aufgehoben.

Landesfirchsteuer 1925 Auf Grund der Verordnung des Badischen Ministeriums des Innern und Unterrichts vom 18. Februar ds. Js.

Veränderungen: 2. Gela Gesellschaft für Kälteanlagen mit beschränkter Haftung, Karlsruhe, mit einer Zweigniederlassung in Eschbach-Randorf. Dem Georg Müller, Oberingenieur, Randorf, ist Prokura in der Weise erteilt, daß er berechtigt ist, gemeinsam mit einem Geschäftsführer oder einem andern Prokuristen die Gesellschaft zu vertreten.

5. Hans & Co. Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Karlsruhe. Durch Gesellschaftsbeschluss vom 16. März 1925 ist die Gesellschaft aufgelöst. Die Vertretungsbevollmächtigten des Geschäftsführers Feix Dopf ist beendet.

6. David Turner, Karlsruher Sachverf. Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Karlsruhe. Durch Gesellschaftsbeschluss vom 23. März 1925 ist die Gesellschaft aufgelöst. Der bisherige Geschäftsführer David Turner ist Liquidator.

an Einkommensteuer ist jedesmal der Kirchensteuerzuschlag in dem obengenannten Hundertsatz zu entrichten.

Es wird besonders darauf aufmerksam gemacht, daß neben den vortehend genannten Landesfirchsteuerzuschlägen, die vom Finanzamt erhoben werden, die Landesfirchsteuerzuschläge zur Grund- und Gewerbesteuer und zur Lohnsteuer sowie die Erbschaftsteuer von den kirchlichen Behörden mit Forderungszettel angefordert werden.

Karlsruhe, den 3. April 1925. Die Finanzämter Stadt und Land.

Zweite Reichspräsidentenwahl.

Damit die Wählerliste am dem schnellsten Wege ergänzt und berichtigt werden kann, erlaube ich alle die Personen, die bei der Wahlgeschäftsstelle (Zählungstraße 88) sofort zu melden: a) die erst in der Zeit vom 29. März bis einisch, 26. April das wahlfähige Alter (20 Jahre) erreichen, b) die umgezogen sind und nicht mehr in dem Wahlbezirk, zu dem ihre bisherige Wohnung gehört, wählen möchten, c) die schon am 29. März wahlberechtigt waren, aber aus irgendeinem Grunde nicht in der Wählerliste standen.

Karlsruhe, den 4. April 1925. Der Oberbürgermeister.

Plakate

aller Art sofort rasch und billig. Buchdruckerei Gock & Cie., Lulsenstraße 24. Teleph. 128.

„Oh war am ganzen Leib dem Flechten... behalt, was du hast, was du nicht brauchst, das verkaufst du hier...“

Zwangsvollstreckung Dienstag, 7. April, nachm. 2 Uhr, werde ich im Pfandlot, Zehlfuß 23 hier, gegen bare Zahlung im Vollstreckungswege öffentlich versteigern: 2000 Bajetta, Credenz, Diwan, Schreibtisch, Stühle, Uhrenkasten, 30 kleine Standuhren, Schachparquet, 1 gr. Polster Stühle u. a. m.

In 30 Minuten Ihr Porträt nur im Photogr. Kessler Kaffeeh. 50, Gung. Adlerstr.

Sport-Artikel jeder Art preiswert und gut. Sport-Haus Brannath Karlsruhe D. r. l. ucher Tor.

Blaue Anzüge, Herrenkleider aller Art, Hüte, Jacken, Westen, Gummimäntel, sowie Schuhwaren. Preiswert nur bei Levy Markgrafenstraße 22.

Email-Herde nur erste Fabrikate. Emaille, Kupfer, Eisenwaren, Haus- und Küchengeräte. Edel Schützen u. Markgrafenstraße 32. Seit 1882.

Samtliche Farben, Lacke etc. gebrauchsfertig f. Anstriche aller Art, vorteilhaft im Farbenhaus Hans Waldstr. 15, b. Colosseum.

Bade-Anstalt Kapellenstraße 64.

neu renoviert, ist vom Mittwoch, den 8. April wieder jeden Tag von morgens 8 Uhr bis abends 8 Uhr geöffnet. Sonntag von 8-11/2 Uhr vormittags.

PHANKO Pfannkuch. Neu eingeführt: Die im Rheinland sehr gut bekannten braunen Holländer.

Trink-Bier

extra schwer 10 Stück 148 Mt., 25 Stück 365 Mt., 100 Stück 1420 Mt. ca. 80% nur Braune Ware. Wir haben von dieser als besonders wohlschmeckend bekannten Sorte einige Waggon für Ostern herein genommen. ferner: 2 Waggon schwerste Italiener.

Trink-Bier

fachmännisch sortiert und durchleuchtet 10 Stück 138 Mt., 25 Stück 340 Mt., 100 Stück 1320 Mt. Siederer 10 Stück 118 Mt., 25 Stück 290 Mt., 100 Stück 1120 Mt. Unterwegs befindlich 2 Waggon Steiermärker Bier. Bei Abnahme von 20 Stk. Bier 1 Paket Bierfarbe gratis!

Pfannkuch

Kurzes Gastspiel nur vom 11. bis 16. April. Der Riesen-Circus Krone kommt nach Karlsruhe-Meßplatz. Erster europäischer 3 Manegen-Circus! Grösste Schau des Kontinents! 3 Manegen 2 Bühnen 1 Rennbahn 4 Musik-Kapellen. Der gewaltigste Spielplan den Karlsruhe je gesehen! Grösste Zeltbauten Europas, darunter das fassende Zuschauer-Zelt. — Nur Sitzplätze. 100 gigantische Circusspiele 100 in 3 Manegen zu gleicher Zeit 3 unter anderem 16 tollkühne Jockeys auf einmal in 3 Manegen 22 Luftkünstler auf einmal in den Lüften 28 Akrobaten auf einmal in 3 Manegen. Massen-Freiheits-Dressuren 26 Löwen 32 Tiger zu gleicher Zeit in 3 Manegen 20 Elefanten 15 Eishären und Braunbären 200 edelste Pferde in 1 Manege. Eine Horde echte Sioux-Indianer Männer, Frauen, Kinder, Cowboys mit ihrem 105 Jahre alten Häuptling „Der schwarze Wolf“. Auf der Rennbahn: Altrömische Wagenrennen und Kampfspiele. Täglich 2 Vorstellungen nachm. 4 Uhr abends 8 Uhr. Allein-Vorverkauf: ab Donnerstag im Warenhaus Geschw. Knopf, Kaiserstrasse 147, Vorverkauf an den 12 Circuskassen ab Samstag, vorm. 10 Uhr. Ca. 1000 Angestellte. Eigene Feuerwehr und Sanitätskolonne.

Eine Verlängerung des Gastspiels kann anderweitiger Verpflichtungen wegen unter keinen Umständen stattfinden.

Pfannkuch
Für die **Feiertage**

Früchte-Konferven
Pflaumen mit Stein
Kirschen mit Stein
Stachelbeeren
1 kg. 80 Pf.
1/2 kg. 50 Pf.

**Mirabellen
Reineclauden
Pflaumen**
1 kg. 1.20
1/2 kg. 70 Pf.

Freiheitsbeeren
offen
1 kg. 70 Pf.

1 Pf. - Glas
einjäh. Glas
1 kg. 1.70
1/2 kg. 90 Pf.

Pfannkuch

Rohrstühle
werden dauerhaft geflocht,
u. repariert. Joseph Weis,
Stuhlreparatur, Luisen-
straße 46. Karte genügt

Das gute billige Buch

Mod. Antiquariat ist das schönste Ostergeschenk Rest-Auflagen

Mosaik-Bücher

jeder Band gebunden 0.60
10 Bände bel. gemischt 5.50

Julius Berstel, Lichtenbergs-Idyll
Otto Bräse, Heilige, Helden
Fr. Fellmann, Der Chetogeist
Egid Fieck, Jungfern v. Paulowitz
Paul Friedrich, Der Papagei
Max Geißler, Kaspar d. Sonderling
Manfred Georg, Geburt d. Incubus
Gleichen-Rußwurm, Tite Kolup
Otto Gysae, Schräge Strahlen
Max Halbe, Der Frühlingsgarten
Anselma Heine, Finnische Novellen
Franz Herwig, Die feine Ingeborg
Georg Hirschfeld, Das Haus
Hans v. Hülsen, Christophorus
Max Kretzer, Die Locke
Kurt Küchler, Herzen
Hans Land, Flammen
Franziska Mann, Die Stufe
Kurt Müntzer, Sturm und Sterne
Kurt Morek, Wander der Liebe
Frieda Schanz, Ein Kreuzgang
Johannes Schlaf, Radium
Edward Stillebauer, Nord u. Süd
Arthur Silbergleit, Das Farbenfest
Josef Stollreiter, Scherben
Robert Walter, Licht der Kindheit
Elisabeth Siewert, Das Gesinde
Ernst Köhler-Haufen, Schatten-
spiele

Ostasiat. Graphik

Herausgegeben von Dr. Jul. Kurth
Jeder Band eleg. gebunden 4.75

Die Handzeichnungen der japani-
schen Holzschnittmeister, mit
2 farbigen u. 30 schwarz. Tafeln
Der chinesische Farbdruck, mit
6 farb. u. 30 schwarzen Tafeln
Katsukawa Shunsho (Haruki), mit
5 farb., 40 schwarzen Tafeln
und 10 Abbildungen im Text.

Bad. Schriftsteller

Madlinger, Ferd., Steinacher Leut, geb. 0.60
Rüttenauer, Benno, Aus der Landschaft
von Hinterwinkel, 7 Erzählungen . . . 0.60
Otto Ernst Satter, Aus badischen Kalen-
dern, Ein Sammelband . . . geb. 0.95
Paul Körber, Der treue Knecht, Eine
Schwarzwalderzählung . . . geb. 0.95
Otto Frommel, Pilgram der Mensch,
Roman von 357 Seiten . . . geb. 0.95
Friedrich Weinbrenner, Denkwürdig-
keiten aus seinem Leben, von ihm
selbst geschrieben . . . geb. 1.75

Die neuesten Erfindungen auf dem Gebiete
der Elektrizität und der Radiotechnik
von Viktor Aschenbach.
mit 270 Illustrationen, in Halbleinen geb. 2.75

Jugendschriften

Unterhaltendes und Belehrendes für die Jugend
Eine Sammlung guter Jugendliteratur
16 verschied. Hefte mit vielen Bildern
6 Hefte f. Knaben v. 10-15 Jahren | Jed. Hft.
6 Hefte f. Mädchen v. 10-15 Jahren | 38 Pfg.
4 Hefte f. Mädchen v. 6-12 Jahren | 38 Pfg.

Flemmings Knabenbuch, Band 3 und 4
schön gebunden . . . statt 7.50 nur 3.95
Thekla v. Gumberts Töchter - Album
Bd. 68 u. 69, schön geb., statt 7.50 nur 3.95
Herzblütchens Zeitvertreib, Band 67
und 68, schön gebunden . . . 3.45

In unserer
LEIHBIBLIOTHEK
steter Eingang von Neuheiten
Lesegebühr monatlich Mark. 1.-

Wiking-Bücher

Jeder Band gebunden 0.45
10 Bände gemischt . . . 4.00

Grabeln, Der Brief der Sibylle
Schneider, Luxuskabine
Matten, Ludwige
Einmann, Die das Leben erstarkte
Helling, Schön Ulla
Becker, Der Ring der Nurasaya
Stahl, Die Zimmervermieterin
Brühl, Der Meister
Helling, Das Testament
Passau, Das Erbe der Väter
Horowitz, Irrende Liebe
Bongardt, Das silberne Pferd
Lorek, Die Groschennot
Schneider, Karriere
Hardt, Hart am Rande
Winkler-Tannenbergl, Felice
Schneider, Das Ewig-Narrische

Lehe, Ich warte auf Dich, Ge-
schichte einer Ehe, geb. 1.25
Westkirch, Kains Entsühnung,
Roman, 266 Seiten . . . 0.95
Wallen, Die Traumtänzerin, Ori-
ginal-Roman, geb. . . 70 Pfg.
Keller, Gottfr., Der grüne Heinrich
2 Bände, geb. . . zus. 2.45

Wohlfühle Edelsteine

Eleg., farbig, kartoniert
Jed. Band 320-400 Seiten 0.95

Scheffel, Eikehard
Wilde, Bildnis d. Dorian Gray
Storm, Novellen
Jacobsen, Niels Lyhne
Goethe, Faust
Murger, Bohème
Vischer, Auch Einer
Immermann, Oberhof
Hoffmann, Elixire des Teufels
Mantegazza, Physiologie der Liebe
Brachvogel, Friedemann Bach
Dickens, Oliver Twist

Pfannkuch
Für die **Feiertage**

Gemüse-Konferven
Junge Erbsen
1 kg. 60 Pf.
1/2 kg. 30 Pf.

Erbsen, mittelf.
Erbsen, fein
Erbsen sehr fein

**Schnitt-Brech-
Wachs- und
Prinzeß-
bohnen**
Feinste junge
Stangenchnitt-
bohnen
1 kg. 1.20
1/2 kg. 60 Pf.

**Brech- u.
Stangen-
Spargel**
in großer Auswahl

Tomatenpüree
3389

Pfannkuch

Hohen verdient
haben. Inten-
sive werden
besonders kaufmännisch
betreuende, im Reben-
beruf (häuslich oder außer-
häuslich).
Offerten erbeten unter
Nr. 2378 M. B. an das
Volksfreundbüro.

Jackie Coogan in „Der Boy von Flandern“ ab Oster-Resi Wald-
Wild und Mensch im Gebirgsschnee. Drei Akte von Jägern und Hegern im Hohegebirge. Samstagim Resi Wald-
Jugendliche haben Zutritt. strasse

**Kinderwagen
Klappwagen**
in hervorragender Aus-
wahl, sehr preiswert.
2379
Korbwaren-Haus **Otto Weber**
Ecke Wilhelm- u. Schützenstr., Fernruf 1789.

Harmonium
2 Reg. . Mk. 238.-
9 Reg. . Mk. 297.-
13 Reg. . Mk. 411.-
K. Lang
Kaiserstr. 167 I, Tel. 1073
Saisamander-
Schuhhaus.

COLOSSEUM
Die große Täglich abends
8 Uhr: 2378
Unter anderem
Das Verschwinden
eines
lebenden Pferdes.
MEOMA der
künstlich. Mensch

La Strickwellen
400 gr schwere 18.4 nach
Raf. Strümpfe werden
angeliefert. 2057
Maschinen-Strickerei
Englmann, Adlersstraße 4.
Schulentlassenes, lauberes
Mädchen
tagelöhner zur Mittelfe in
Haushalt, Germanenstr.,
27 gesucht. 2377
Offerten unter Nr. 2367
an das Volksfreundbüro.

Reichsbanner
Schwarz-Rot-Gold
Dreisgruppe Bruchsal.
Dienstag, den 7. April, abends 8 Uhr,
im weißen Saale des „Bürgerhofs“
Haupt-Verammlung
(Geschäftsbericht und Wahlen)
Sollzähliges Erscheinen der Kameraden er-
wartet. [365]

Junge Klempner
welche an Ostern ausgelehrt haben,
finden sofortige Einstellung bei 2381
J. B. Korbach, Gasmesser- und
Metallwarenfabrik
Karlsruhe, Noonenstraße 23 a.

Frühjahrsbüte
Aparat Neuheiten in
großer Auswahl. Reuan-
fertigung u. Umarbeiten
schnell und billig. 1965
Damenputz P. Vöchtel
Amalienstraße 47, bei
Dresdnerstraße.
Wo? Schreib- u. Näh-
maschinen-Repa-
raturen? 2301
Werderplatz 40.

Trauringe
massiv Gold
das Paar von 12.4 an
Friedrich Abt
Waldstrasse 4

Zimmer
eilt. Kaufverf. Schluß
bevorzugt. Zu erfragen im
Volksfreundbüro.
2305
Wohnort die
Frauenwelt
durch die
Volksbuchhandlung
Adlersstraße 43

Anzüge, Hosen
aller Art
Gummimäntel, Windjacken,
sowie sämtliche
Schuhwaren
getragen und neu, kaufen Sie zu außerordentlich
billigen Preisen bei 2384
J. Silbermann, Karlsruhe
Brunnenstraße 1, bei der Markgrafenstraße.

Waldstraße **RESI** Waldstraße
Windstärke 9
Die Geschichte einer reichen Erbin
Regie: Reinhold Schünzel.
Felix der Kater als Held
Trick-Film
Würzburg, die Hauptstadt des Frankenlandes.

**Glaslerlehrling-
Gesuch!**
Für unsere Abteilung Fensterfabrik (Mauern-
Waherei) suchen wir 1-2 Lehrlinge mit
guter Schulbildung. 2380
Bewerber wollen Zeugnisse und selbst-
geschriebenen Lebenslauf mitbringen.
Marktstähler & Barth
Neureutherstraße 4.

**GRITZNER
NÄHMASCHINEN**
bedürfen keiner Lobreden,
sie empfehlen sich von selbst.
Gritzner **Dixi**
Dresto **Corona**
Markenräder von Weltruf!
Fabrik-
lager: **H. Brodführer, Karlsruhe**
Kaiserstr. 5 An Durlacher Tor Fernruf 2918.